INTERIM

auswärts 2,50 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2 DM



Nr. 217

26. November 1992

Da sagt einer, er sei *bloss* Hooligan und nicht rechtsextrem, bewaffnet waren die anderen. Seit Freitag war die Geschichte von den Bullen gut vorbereitet: Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden Jugendbanden.
Wir kennen den Rest: Einzelgänger war er, nicht politisch, völlig unbekannt in der rechten Szene.
Einer zündet mal eben 2 Wohnhäuser an, grüsst noch freundlich mit "heil hitler" und alle sind empört: zum ersten mal Gastarbeiter, das eine Mädchen sei *sogar* in Deutschland geboren.
schon vor einer Verhaftung kennen wir den Rest: Einzelgänger war er , nicht politisch, auch nicht organisiert.
Drei Schweine aus Wuppertal waren sich einig: Erst kriegt der Jud aufs Maul dann wird er angesteckt und weggeschafft.
Der Rest? besoffen gewesen, provoziert worden, Einzelgänger, unpolitisch.
Der Saumagenfresser aus der Pfalz betet: Nein die Deutschen sind nicht ausländerfeindlich.
Der Berliner Senat will auch aufstehen: Der rechte Innensenator will Möglichkeiten prüfen, die Polizei könne..., der VerfassungsSchmutz solle sich mit Rechtsextremen beschäftigen (und schreibt schon mal Doktorarbeiten über die Antifa-Jugendfront, weil diese seit Jahren vor den Rechten warnt).
Die Innenministerkonferenz tritt zusammen und selbst der Mörder von Rostock, Kupfer, ist sich einig: es könnte was getan werden, denn das Wort "Made in Germany" bekommt im Ausland ein neues Image.
Wenn Linke in Berlin den Präsi mit Eiern bekleckern, brüllt die gesamte Öffentlichkeit (unterstützt von sog. Altlinken) nach den guten alten DDR-Methoden. Wenn Rechte aber unsere Genossen ermorden, sitzen sie zu hause, sinnieren über die zunehmende Gewalt und drucken Bullenmeldungen.
Und die Bullen tun auch was:
Schützen Storch 7, Versammlungslokal der Rechten im Osten, schützen den Wohnsitz von FAP-Oberen in der Dimitroffstr., schützen "Jugendtreffs" der Rechten, schützen den Parteitag der FAP in Köpenik, verbieten Linke Gegendemos in Halbe, lösen antifaschistische Demos auf.
...
Dann haben wir noch eine ärgerliche Mitteilung für Euren Geldbeutel zu machen: ab dem nächsten Jahr wird die Interim in Berlin 2,50 DM und außerhalb 3,00 DM kosten. Um weiterhin eine solide Selbstfinanzierung zu garantieren, war diese Entscheidung unumgänglich.

Zur Anfrage aus Dresden: Wir haben Euer Papier höchstwahrscheinlich nicht erhalten, insofern konnten wir es auch nicht abdrucken!

Und zum letzten Mal: Wer will, daß wir mit ***rotem*** Papier arbeiten, will nicht, daß wir arbeiten.

Inhaltsverzeichnis:

Ordner-Liste:
IRA zerschlägt Drogenring
Taz-Artikel von Jürgen-Peter Boock
Redebeitrag zur Demo 12.10. in Hamburg
Gegen das Vergessen: 9. November und Nationalismus aus Braunschweig
Erklärung der Schwarzen Zellen, warum sie den bewaffneten Kampf aufgenommen haben. - Landet im Ordner, weil auf rotem Papier.
Mun-Sekte
Giffhorn-Zeitungsartikel
Atomenergie in Berlin
Bolsevik Partizan: Hinter dem Rassismus...
Dietzenbach: besetzte Häuser bleiben
Grüne Pfeile
Fußgängerschutzverein
Programm der Rechten aus Erfurt
Kinderbauernhof Mauerplatz wg. rotem Papier
ECN
Infoladen München zu Silvio unleserlich
Interview mit dem Hinkelstein-Kollektiv

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

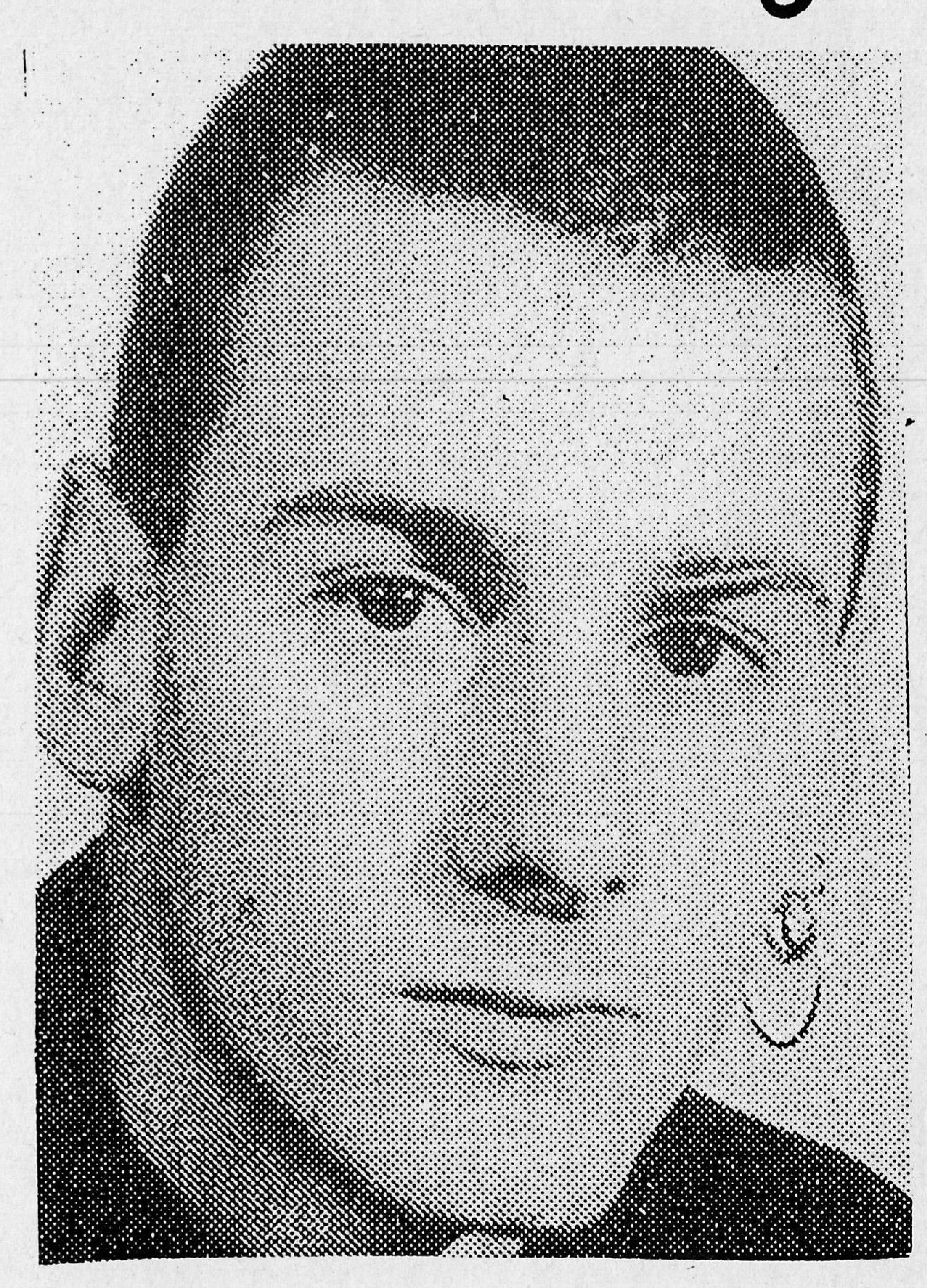
V.I.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

FASCHISTEN HABEN UNSEREN FREUND

SILVIO ERMORDET!

In der Nacht zum 21. November ist in Berlin unser Freund SILVIO im Alter von 27 Jahren ermordet worden. Er wurde Opfer von Neonazis, die ohne Rücksicht auf Menschenleben ihren Terror verbreiten.



Nur zwei Tage später ermordeten Faschisten in Mölln bei Hamburg drei weitere Menschen: Zwei Frauen und ein Kind verbrannten, nachdem Nazis ein von AusländerInnen bewohntes Haus angezündet haben (diese Information kamen heute im Radio).

Wir können unsere Trauer und unseren Haß nicht beschreiben. 40 Todesopfer durch Neonazis in den letzten drei Jahren! Darunter Obdachlose, Linke, Punks und vor allem Menschen, die in unser Land gekommen sind, weil sie aus ihrer Heimat flüchten mußten. Dort waren sie zu gefährdet, hier wurden sie ermordet...

Alle müssen sich fragen, wie sie diesem Terror noch begegnen können. Die vier Toten allein an diesem Wochenende zeigen deutlich, daß es nicht mehr reicht, nur auf Demonstrationen zu rennen und Solidarität zu bekunden. Was jetzt nötig ist, ist massiver, aktiver Widerstand gegen die Faschisten! Gegen die, die unsere Freunde ermorden und die, die das politisch rechtfertigen und gutheißen!

ORGANISIERT DEN SCHUTZ VON FLÜCHTLINGSLAGERN !

GREIFT FASCHISTISCHE STRUKTUREN AN !

DIE NAZIS DÜRFEN SICH NICHT MEHR AUF DIE STRASSE TRAUEN !

Presseerklärung

Wir sind FreundInnen und KollegInnen von Silvio Meier, der am 21.11 kurz nach Mitternacht am U-Bhf. Samariterstraße ermordet wurde. Zwei weitere Freunde von uns wurden dabei zum Teil lebensgefährlich verletzt.

Diese Presseerklärung gründet sich auf Aussagen von zwei der Betroffenen.

Wir müssen entgegen der Darstellungen von Polizei und Medien einiges richtigstellen.

Freitag Nacht gingen unsere vier FreundInnen zum U-Bahnhof Samariterstraße und begegneten im Fußgängertunnel einer Gruppe von vier jungen Männern, und einer Frau. Einer der Männer trug einen Nazi-Aufnäher auf der Jacke. Er wurde von zwei unserer Freunde darauf angesprochen. Es kam zu einer kurzen Rempelei; unsere FreundInnen wurden als "linkes Pack" beschimpft. Er wurde weder geschlagen, noch wurde seine Jacke beschädigt, Damit erschien die Auseinandersetzung beendet und unsere FreundInnen gingen auf den Bahnsteig. Weil die U-Bahn nicht kam, entschlossen sie sich ein Taxi zu nehmen und geigen Richtung Ausgang.
Als sie die Treppe hochkamen, stand die Gruppe noch in der Mitte des Fußgängertunnels gegenüber vom Fahrkartenschalter. Als sich ihnen unsere FreundInnen auf einige Meter genähert hatten, bemerkten sie, daß zwei der Männer Messer gezogen hatten. Ohne zu zögern und ohne einen weiteren Wortwechsel stach einer sofort auf Silvio ein. Es war für unsere FreundInnen ein völlig überraschender Angriff, der keinerlei Möglichkeit zur Flucht oder zum Ausweichen bot. Silvio wurde durch drei Stiche in die Lunge sofort getötet. Ein andere Freund wurde durch mehrere Stiche in den Rücken lebensgefährlich verletzt. Der dritte Freund wurde durch einen Stich in die linke Seite verletzt und als er am Boden lag, bekam er Stiefeltritte gegen die Stirn, wodurch eine Arterie platzte. Danach liefen die Angreifer bis auf einen weg, der mit seinem Messer unsere Freundin bedrohte mit den Worten: "Du kommst auch noch dran". Erst auf Zuruf der Flüchtenden, ließ er von der Frau ab und rannte ebenfalls weg.

Unsere FreundInnen haben weder angegriffen noch waren sie bewaffnet.

Zwei unserer FreundInnen haben in ihren Aussagen bei der Polizei übereinstimmend gesagt, daß sie von Nazis angegriffen wurden. Der Polizeibericht spricht von "einer Personengruppe" und verschweigt damit die Aussage der Betroffenen, daß die Angreifer Nazis waren.

Wir protestieren gegen die falschen Darstellungen von Polizei und Medien, die der Bevölkerung einreden wollen, es habe sich um eine "Auseinandersetzung zwischen rivalisierenden Jugendbanden" gehandelt. Damit verschweigen sie faschistische Gewalt und stempeln die Opfer zu Mittätern.

Auf der einen Seite rufen Politiker zu Zivilcourage gegen faschistische Tendenzen auf – wenn sich aber Menschen in ihrem Alltag ganz konkret so verhalten und dabei umgebracht werden, werden sie zu "Messerstechern" gemacht. Diese Politiker sind dafür verantwortlich, daß faschistische Gewalt in Polizeiberichten und Medien verschwiegen wird.

Porträt von Silvio Meier

Am Samstag ist Silvio Meier von Rechtsradikalen in einem Berliner U-Bahnhof ermordet worden. Dafür, daß viele Aktivisten der ehemaligen Oppositionsgruppen wie der Umweltbibliothek oder des Neuen Forums auch den Weg zur außerparlamentarischen oder autonomen Szene gefunden haben, stand der 27jährige. Bis zu seinem Tod ist er rechtsradikaler Gewalt immer offensiv entgegengetreten.

Auf dem evangelischen Kirchentag 1987 gehörte Meier zu den Mitbegründern der „Kirche von unten" (KvU). Unter ihrem Dach sollten auch nichtkirchliche Oppositionsgruppen einigermaßen sicher vor staatlichen Übergriffen arbeiten können. In Berlin war es vor allem die Umweltbibliothek, die immer wieder die Aufmerksamkeit der Stasi auf sich zog. Es war unter anderen Silvio Meier, der im Keller der Zionskirchgemeinde die illegalen *Umweltblätter* druckte, jener Zionskirche, in der 1987 der erste öffentlich gewordene Überfall von Skins auf linke Oppositionelle stattfand. Zwei Jahre später gab Silvio Meier das Oppositionsblatt *Moarning Star* heraus. Am 7. Oktober 1989 wurde er anläßlich der Gegendemonstrationen gegen die DDR-Feierlichkeiten verhaftet.

In der Wendezeit hatten er und weitere Friedrichshainer aus der KvU die „Fröhlichen Friedrichshainer Friedensfreunde" ins Leben gerufen, eine Gruppe, die mit der Besetzung der Schreinerstraße 47 auch den Alltag in die politische Arbeit mit einbeziehen wollte. In einer alternativen Druckerei verdiente Silvio und verdienen mehrere Besetzer aus der Schreinerstraße ihr Geld.

Von Anfang an waren Silvio Meier und die BewohnerInnen der Schreinerstraße wie auch der vielen inzwischen vorwiegend von Westberlinern besetzten Häuser gezwungen, sich mit der rechten Gewalt auseinanderzusetzen. Vor und nach der Fußballweltmeisterschaft 1990 verging kein Wochenende, an dem Holligans und Neonazis nicht besetzte Häuser oder „links" aussehende Menschen angriffen. Für Silvio und seine Freunde war klar, daß es nötig ist, der rechten Gewalt entschieden entgegenzutreten. „Schaut nicht weg, greift ein", ist auf vielen Flugblättern der Antifa-Initiativen zu lesen. Für Silvios FreundInnen ist es wichtig, dies auch weiterhin in seinem Sinne zu beherzigen.

Wut und Trauer

In der Nacht von Freitag auf Sonnabend waren vier linke, antifaschistische Menschen auf dem Weg zur U-Bahn. Im U-Bahnhof Samariterstraße kam es zu Auseinandersetzungen mit Faschisten, die an ihren Aufnähern zu erkennen waren.

Aufnäher, die in letzter Zeit viel zu oft zu sehen sind, die durch Parolen wie "Deutschland den Deutschen" oder "Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein" oder durch Symbole wie die Reichskriegsflagge oder das Hakenkreuz eine faschistische Einstellung zum Ausdruck bringen. Sie stehen für die Pogrome in Rostock, Mannheim und anderswo, für die Morde Nguyen Van Tu in Berlin Marzahn, an Antonio Amandeu in Eberswalde, an Thorsten Lamprecht in Magdeburg, an Mete Eksi in Berlin Charlottenburg, an fast dreißig Menschen seit 1990. Sie stehen für den rechten Terror auf der Straße, der es für viele Menschen zur Zeit unmöglich macht, sich frei und sicher zu bewegen. Sie stehen auch für Elitedenken, für die Festlegung von Menschen auf angeblich angeborene Eigenschaften, die sie besser oder schlechter, wertvoller oder weniger wertvoll machen.

Es kam zu einem Streit um die Aufnäher. Unsere vier FreundInnen nahmen die vielen Aufrufe ernst: Nicht wegzuschauen, sich einzumischen, nicht zu warten, bis es zu Angriffen gegen irgendjemanden kommt, sondern Faschismus im Alltag entgegenzutreten.
Die Auseinandersetzung schien schon zu Ende, als die Linken von einer größeren Gruppe Faschisten angegriffen wurden, von denen einer mit dem Messer auf sie einstach. Silvio war sofort tot, zwei weitere sind schwer verletzt.

Wir trauern um Silvio !

Seine Angehörigen, die Verletzten, die Leute aus ihrem Haus brauchen unsere Liebe und Solidarität.

Aber kalt wird uns bei dem Gedanken, daß diese Faschisten wahrscheinlich schon auf dem Heimweg waren, daß sie schon den ganzen Abend unterwegs waren, mit ihren Aufnähern, vielleicht Parolen gröhlend, und daß niemand eingegriffen hat; bei dem Gedanken, daß es Treffpunkte von Faschisten gibt, gegen die sich kein Widerstand regt. Der Jugendclub in der Lichtenberger Judith–Auer–Straße, in dem sich jeden Freitag abend Faschisten treffen, bleibt unbehelligt, während die AnwohnerInnen gegen das geplante Flüchtlingswohnheim in der Rudolf–Seiffert–Straße Sturm laufen. Kalt wird uns bei dem Gedanken, daß auch dieser Mord möglich war und jederzeit andere möglich sind, nicht nur weil Faschisten dreister werden und sich bewaffnen, sondern weil immer noch viele "Ruhe" als erste Bürgerpflicht verstehen. Sie halten die Mitte für den goldenen Weg, ziehen es vor zu schweigen und mit dem Strom zu schwimmen. Dies hat schon einmal den Faschisten den Weg zur Macht geebnet.

Von den herrschenden Politikern wird wieder recht und links gleichgesetzt bzw. versucht, den politischen Hintergrund von Auseinandersetzungen zu vertuschen. Die Presse haut in die gleiche Kerbe.
Wir können nur sagen: Jede und jeder muß sich selbst den Unterschied klarmachen zwischen Eiern auf Weizsäcker und Mordanschläge gegen Andersdenkende und Andersaussehende. Es müssen auch alle wissen, daß die jetzt auftretende faschistische Gewalt weder durch eine friedliche Großdemonstration noch durch ein gutes Bild der Deutschen im Ausland gestoppt wird.

Nötig ist Solidarität und das entschiedene Auftreten gegen Faschismus überall: das Zur–Kenntnis–Nehmen, das Sich–zur–Wehr– Setzen, das Hinschauen.

Wir können die Toten nicht zurückholen. *Wir trauern um Silvio und die anderen Opfer faschistischer Gewalt.*

Verwandeln wir unsere Trauer in Wut und unsere Wut in Widerstand

Redebeitrag auf der Demo am 22.11.92 in Berlin

Wieder sind Menschen dem faschistischen Terror zum Opfer gefallen - Silvio ist tot, zwei andere liegen durch Messerstiche verletzt im Krankenhaus.

Unser Schmerz und unsere Wut lassen sich nur schwer in Worte fassen. Wieder ein Mord, einer von über dreißig in den letzten drei Jahren. Solche oder ähnliche Nachrichten erreichen uns mittlerweile jede Woche, und doch sind sie nur eine Erscheinungsform des Faschismus. Ohne massenhaftes Schweigen gegenüber rassistischen Bemerkungen in Kaufhallen, Betrieben oder Universitäten, ohne den Beifall bei rassistischen Pogromen, ohne die flüchtlingsfeindliche Hetze in Politik und Medien könnten sich die Nazis nicht so sicher fühlen, wie sie es tun.

Wir trauern, aber wir sind nicht sprachlos !
Wir sind wütend, aber nicht ohnmächtig !

Laßt nicht zu, daß eure Chefs ausländische Kolleginnen und Kollegen als "Kanaken" bezeichnen, laßt nicht unbeantwortet, wenn Leute in der U-Bahn von "Scheinasylanten" sprechen - stellt sie zur Rede und zeigt allen, daß ihr anderer Meinung seid !

Der Überfall auf Silvio und unsere anderen Freunde hat uns geschockt, aber nicht gelähmt !
Wir sind nicht wehrlos, und wir sind viele !

Lauft mit offenen Augen durch euren Kiez, gebt Informationen über rassistische und faschistische Aktivitäten weiter ! Baut Telefonketten auf, organisiert die antifaschistische Selbsthilfe !
Allein machen sie dich ein, gemeinsam sind wir stark. Laßt uns diese Stärke nutzen und einen entschlossenen antifaschistischen Widerstand aufbauen - hier und anderswo !

Mete, Antonio, Silvio und all die anderen werden wir nicht vergessen !

Wehrt euch ! Greift ein !
Kein Fußbreit den Faschisten !

ehemals und noch besetzte Häuser
in Friedrichshain

Berliner Zeitung

37 Polizisten bei Krawallen verletzt

Autonome gingen mit Äxten auf die Beamten los

Während der schweren Ausschreitungen am Montag abend nach der Demonstration in Kreuzberg sind 37 Polizisten verletzt worden.

Elf Beamte mußten in einem Krankenhaus ambulant behandelt werden. Die Demonstranten seien brutal und äußerst militant vorgegangen, sagte ein Polizeisprecher. Gegen 18 Uhr hatten sich rund 250 Mitglieder autonomer Gruppen am U-Bahnhof Kottbusser Tor getroffen, um gegen Rechtsradikalismus zu demonstrieren. Gegen 18.50 Uhr traf der inzwischen auf 1500 Menschen angewachsene Demonstrationszug am Lausitzer Platz ein. Bereits während des Marsches waren Polizisten mit Steinen und Brandflaschen beworfen sowie mit Signal- und Gasmunition beschossen worden. Einige Autonome griffen die Beamten mit Äxten, Latten und Stangen an. Die Polizei löste die Demo mit Schlagstöcken und Wasserwerfern auf.

Mittwoch, 25. November 1992

Brandanschlag nach Straßenschlacht

Auf den Lichtenberger Judith-Auer-Jugendklub, der als Treffpunkt rechtsorientierter Jugendliche gilt, ist in der Nacht zu gestern erneut ein Brandanschlag verübt worden. Er war bereits am Sonnabend nach dem Trauermarsch für den ermordeten Silvio Meier von Autonomen überfallen worden.

Der folgende Redebeitrag wurde auf der Ku-Damm Spontandemo am Montag zu den Morden in Mölln gehalten, zu der unter anderem der türkische Elternverein, SOS Rassismus und die AL aufgerufen hatten. Es waren etwa 3000-4000 Leute da. Obwohl die Demo als Schweigemarsch angekündigt war gab es einen lauten linksradikalen Block, der Parolen rief wie "Eier fliegen und ihr schreit - Nazis morden und ihr schweigt", was auf einem Schweigemarsch zumindest doppeldeutig ist. Als Rednerinnen auf der Abschlußkundgebung waren eine Vertreterin des türkischen Elternvereins und die Ausländerbeauftragte Barbara John (CDU) vorgesehen. Es konnte erwirkt werden, zum Schluß als FreundInnen von Silvio noch einige Worte sagen zu dürfen und so konnten, nachdem B. John die allgemeine Trauer und Betroffenheit beschworen und darauf gehofft hatte, daß die Täter durch die Polizei schnell gefaßt würden, sie vor und für ihre Rede von der Demo ausgepfiffen wurde, unter allgemeinem Beifall der Demo die folgenden Schlußworte gesprochen werden

In der Nacht von Freitag zu Sonnabend wurde Silvio zusammen mit drei Freunde und Freundinnen im U-Bhf. Samariterstr. in Friedrichshain von einer Gruppe von Faschisten angegriffen und niedergestochen. Silvio wurde dadurch getötet, zwei seiner Freunde sind schwer verletzt.

Gestern wurde bekannt, daß Faschisten in Wuppertal vor gut einer Woche einen 53jährigen Mann ermordet haben, der sie als Nazischweine bezeichnet hatte.

In der Nacht zu heute wurden in Mölln drei Menschen türkischer Herkunft durch einen rassistischen Brandanschlag auf ihre Wohnung ermordet.

Das ist die Bilanz einer Woche, die die deutsche Polizei veröffentlicht hat. Ob sie vollständig ist, dürfen wir bezweifeln, wenn wir die Informationspolitik der Polizei betrachten.

In Wuppertal haben den Mord sie eine Woche lang verschwiegen, in Berlin wurden sie erst nach zwei Tagen dazu gezwungen, von ihrer Darstellung des Angriffs als einem unverständlichen Bandenkrieg abzugehen, obwohl sie von der ersten Minute an wußten, daß die Mörder mehrere Rechtsradikale sind. Die Mordkommission versuchte sogar, einen der Schwerverletzten im Krankenhaus dazu zu bringen, seine Aussage zu widerrufen, daß es Faschisten waren. Ihre Absicht war es, die Tonband-Aufnahme dieser Aussage auf dem Trauermarsch abzuspielen.

Ihre Strategie ist also eine Entpolitisierung der Angriffe. Es soll das Bild vermieden werden, Deutschland sei wieder auf dem Weg zum Faschismus.

Silvio wurde von den Nazis als Antifaschist ermordet. Er und seine FreundInnen haben die so oft beschworene Zivilcourage gezeigt, indem sie das Zurschautragen von faschistischer Propaganda nicht einfach hinnahmen. Sie haben genauso wie andere aktive AntifaschistInnen eingegriffen, um Rassisten den Platz auf der Straße zu nehmen. Es sind viel zu wenige, die in dieser Weise auftreten.

In den Sonntagsreden von Politikern wird dieses Auftreten gefordert. Am nächsten Tag ist dieser Anspruch vergessen und den Faschisten wird neue ideologische Munition geliefert, um ihre Angriffe fortzusetzen. Das Asylrecht wird offiziell beibehalten, aber praktisch durch Verordnungen und Ausführungsbestimmungen abgeschafft. Die Bundesrepublik liefert seit dem 1. November durch das sogenannte Rücknahmeabkommen mit Rumänien Roma und Sinti in ein Land aus, in dem sie nachweislich rassistischer Verfolgung und Pogromen ausgesetzt sind. Das Grundgesetz soll so nebenbei außer Kraft gesetzt werden, indem von Kohl ein Notstand hergeredet wird. Die Bundesregierung forderte an diesem Wochenende den Einsatz der Bundeswehr, um Menschen aus anderen Ländern direkt an der deutschen Grenze aufzuspüren und sofort wieder abzuschieben.

Um für diese rassistische Politik eine Akzeptanz bei Liberalen und Linken zu finden, wird das ganze mit einem humanistischen Anstrich verschleiert. Dieser Anschein wird von Menschen vermittelt, wie der Ausländerbeauftragten Barbara John von der CDU mit ihrer karitativen Anteilnahme bis zum Nationalheiligen Weizsäcker, der mit moderaten Tönen den staatlichen Rassismus genießbar machen soll.

Nach dem 8. November wurde gegen diejenigen gehetzt, die diesen Heuchlern die humanistische Maske vom Gesicht reißen. Sie wurden als Demonstrationsterroristen diffamiert, als Schreihälse mit rassistischen Mördern gleichgesetzt und damit zum Abschuß freigegeben.

Die Mörder von Silvio konnten sich von Diepgen und Co nur ermutigt fühlen.

Wir trauern um die ungezählten Opfer der rassistischen und faschistischen Morde, wir werden sie nicht vergessen, den Mördern nicht vergeben.

Wir trauern um Silvio und rufen in seinem Sinne dazu auf, die eigene Verantwortung wahrzunehmen, rassistischen Politikern und Faschisten effektiv entgegenzutreten;

Schaut nicht weg, Wehrt Euch

Greift ein, schließt Euch zusammen !

Reaktionen in Berlin

Kurze Beschreibung der Reaktionen auf den Mord an Silvio am 21.11.1992

Noch in der Nacht von freitag auf Samstag gab es eine Spontandemo von ca 150 Leuten durch Friedrichshain.
Am Samstag nachmittag war eine zweite Spontandemo von ca. 1500 entschlossenen Menschen durch Friedrichshain und Lichtenberg, dabei wurden zwei Treffpunkte von Faschos, die Kneipe "Roseneck" an der Storkower Straße und der Jugendklub an der Judith- Auer-Straße entglast. Die Demo ging dann wieder zum Ausgangspunkt, der Mahnwache an der U-Bahn-Station Samariterstraße zurück. Die Mahnwache ist seit Freitagnacht durchgehend besetzt.

Die Demonstration am Sonntag war überraschend groß dafür, daß nur über Flugis mobilisiert wurde. ca 4000-5000 Menschen zogen von Friedrichshain nach Prenzlauer Berg. Die Stimmung war eher ruhig und traurig; an einem auf der Strecke liegenden FAP- Treffpunkt konnte leider nur die Kneipenreklame eingehauen werden, weil er von den Bullen rechtzeitig gewarnt und geschützt wurde. In Redebeiträgen wurde immer wieder betont, wie wichtige gerade jetzt alltägliches Eingreifen gegen Faschismus ist. Wut und Trauer kamen zum Ausdruck. Das Bullenaufgebot war groß und provokativ drauf, mit Vorkontrollen und Greiftrupps.

Zur Berichterstattung:

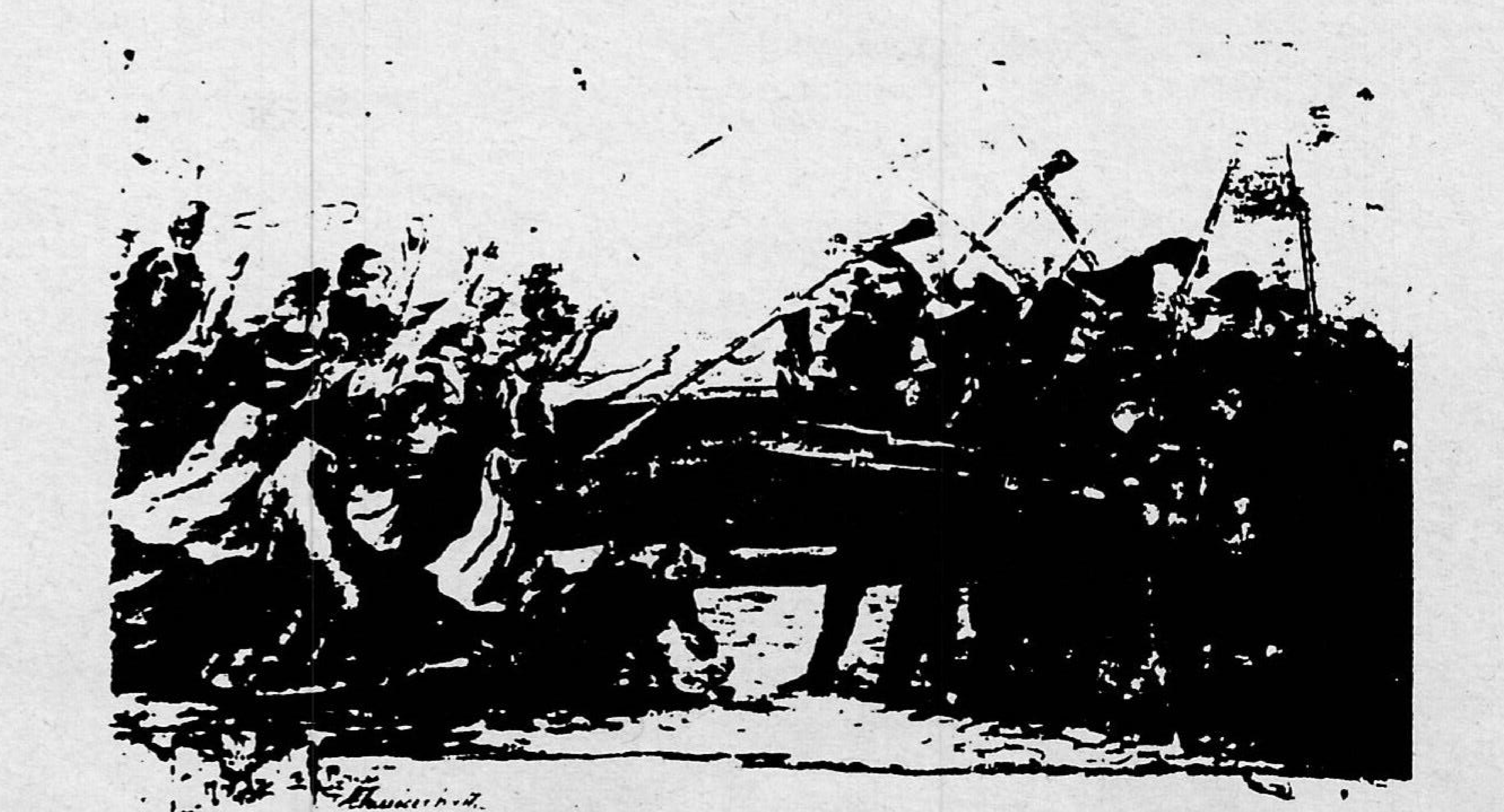
Silvio wurde getötet, zwei andere verletzt. Eine Frau blieb unverletzt, stand aber unter Schock. Sie gab den Bullen gleich zu Protokoll, daß die Täter Faschos mit Aufnähern waren; die fuhren mit ihr auch noch in der Nacht durch verschiedene Faschotreffs um die Täter zu finden. Trotzdem stand im Polizeibericht, der politische Hintergrund der Täter sei unbekannt, später wurde sogar von "innerlinken " Schlägereien berichtet.
Am Sonntag wurde der eine Verletzte massiv unter Druck gesetzt, seine Aussage, bei den Tätern handele es sich um Faschos, zurückzuziehen ; ein Bulle mit Tonband tauchte im Krankenhaus tauchte im Krankenhaus auf und drohte auch noch anwesenden FreundInnen des Verletzten Beugehaft (?!) an!
Im Zusammenhang mit den Presseerklärungen der Angehörigen von Silvio und der ehemals besetzten Häuser hoffen wir, das klarstellen uned gleichzeitig die staatliche Vertuschunspolitik aufzeigen zu können.

Berlin, Stand 23.11.92

Zum Trauermarsch am Samstagabend

Am 21.11. um 17 Uhr sammelten sich etwa 1000 Leute am U-Bahnhof Samariterstraße. Viele wußten noch gar nicht genau, was passiert war, und erwarteten eine Lautsprecherdurchsage.
Als erste ergriff eine Frau das Mega, um anzukündigen, wo der Frauen- und Lesbenblock läuft.
Zitat (sinngemäß): "Der Frauen- und Lesbenblock formiert sich ab der zweiten Reihe, um zu verhindern, daß es eine Scherbendemo gibt. Wir haben keinen Bock auf Mackermilitanz."
Es ging ein Raunen durch die Menge, und es gab einige Frauen, die durch Zwischenrufe ausgedrückt haben, daß ihnen das so nicht paßt.
Zum Glück erwiderte eine andere Frau spontan durch's Mega, daß wir sehr wohl eine starke, militante Demo wollen, um unserer Wut und Trauer über den Mord an Silvio Ausdruck zu verleihen.
Soweit zu diesem Abend.
Wir wollen gar nicht über die Frage debattieren, ob nun eine Scherbendemo aus politischen und taktischen Gründen an dieser Stelle richtig gewesen wäre. Aber wir wehren uns -als Frauen- vehement dagegen, daß der Frauen- und Lesbenblock so instrumentalisiert wird.
Wir verstehen den Frauen- und Lesbenblock auch als erkämpften Raum, um auf einer Demo gemeinsam mit anderen Frauen handlungsfähig zu sein (oder besser zu werden).
wir wollen auf einer Demo unserer Wut auch militant Ausdruck verleihen können.
Es ist ziemlich unverschämt, daß eine einzelne Frau sich anmaßt, für alle Frauen sagen zu können, daß wir gewaltfrei demonstrieren wollen.
Das ist nicht so!!!!
Es gibt ein gängiges Vorurteil (nicht nur von Männern), daß vom Frauen- und Lesbenblock aus eh nichts läuft.
Klar, immer wieder muß sich der Frauenblock mit Mackern auseinandersetzen, die diesen nicht akzeptieren, oder gar meinen -als "Genossen"- diesen schützen zu müssen, aber das darf keine Entschuldigung für allzu defensives Verhalten sein.
Frauenwiderstand war schon immer auch radikal und militant. Trotzdem **wird uns eingeredet,** Frauen seien irgendwie friedfertiger als **Männer. Wir haben** lange gebraucht um diese Lügen, die uns schwach und **abhängig** halten sollen, zu durchschauen.
Umso schlimmer finden wir es, wenn von Frauen dieses Klischee auf's Schlimmste bestätigt wird.
Militantes Auftreten ist nicht gleich Mackerverhalten, sondern -hoffentlich- ein politisch überlegtes Handeln zu bestimmten Anlässen, mit auch bestimmtem Ziel.
Auf einen Frauen- und Lesbenblock, der uns auf Gewaltfreiheit reduzieren will, haben wir einfach keinen Bock.

Für einen starken, militanten Frauen-und Lesbenkampf!!!!!



Berichte aus der Rest-BRD

"SYLVIO IST TOT - WUT UND TRAUER ÜBER DEN MORD - KAMPF DEM FASCHISMUS AN JEDEM ORT!"

(ffm) Obwohl recht spät und kurzfristig mobilisiert wurde, waren dann doch über 300 Menschen aus dem Rhein-Main-Gebiet auf der Straße, darunter viele ausländische Genossinnen und Genossen und Leute aus dem Gewerkschaftsspektrum. Die Demo lief durch die Frankfurter Innenstadt, vorbei am OLG und dem Abschiebeknast und endete auf der Konstabler-Wache, wo ausländische Kids und Jugendliche seid Wochen von Bullen angemacht, verfolgt und verhaftet werden. Entlang der sehr lautstarken Demo wurde massiv gesprüht, ein Sex-Shop und eine Bank entglast, sowie zwei Bullenwannen fahruntüchtig gemacht. Die Bullen selbst kamen erst am Ende der Demo und begleiteten sie bis zur Konstabler-Wache.

SCHLAGEN WIR DIE FASCHISTEN, WO WIR SIE TREFFEN !!!
TREFFEN WIR SIE, WENN WIR SIE SCHLAGEN !!!

***Eben erfahren wir daß in der Nacht von Sonntag auf Montag in Mölln (Schlw.-Holst.) drei Menschen von den Faschisten ermordet wurden. Die zwei türkischen Frauen und ein 10jähriges Mädchen kamen durch einen Brandanschlag ums Leben. In Weinheim wurde in der letzten Nacht das dortige Flüchtlingswohnheim angegriffen. Näheres ist momentan nicht bekannt. In Frankfurt demonstrierten heute mehr als 500 Schülerinnen und Schüler wegen der Morde in Wuppertal, Berlin und Mölln. Nach der Demo wurden die NPD--Fraktionsräume 'besucht'. Dabei ging zumindest eine Glastür zu Bruch.

In Darmstadt beginnt um 17:00 Uhr eine Rhein--Main-Demo.

TOD DEM FASCHISMUS !!!

DEMONSTRATION IN MAINZ NACH DEN FASCHISTISCHEN ÜBERGRIFFEN IN BERLIN AM 21.11.

Nachdem wir in Mainz/Wiesbaden von dem Mord an Silvio und den lebensgefährlichen Verletzungen der anderen GenossInnen erfahren hatten, organisierten wir spontan eine Demo durch die Mainzer Innenstadt. In der Schnelle mobilisiert waren wir um 22.00 Uhr etwa 90 Menschen. Per Mega haben wir den Leuten, die zu dieser Zeit noch unterwegs waren, erzählt, was die öffentlich rechtlichen Rundfunkanstalten zu dieser Zeit mal wieder unterschlagen haben oder aber einfach nicht mehr berichtenswert finden im alltäglichen Geschäft mit politischen Nachrichten. Als die Scheiben der ersten Bank dem Zorn einiger zum Opfer fielen, wurden wir ziemlich schnell von der Polizei eingekesselt. Nach kurzen Verhandlungen konnte die Demo, nun allerdings in Bullenbegleitung, fortgeführt werden. Wir waren nicht viele, dafür aber laut. Bis zum Bulleneinsatz konnten wir sogar sprühen.

SOLIDARITÄT IM WIDERSTAND
KAMPF DEM FASCHISMUS IN JEDEM LAND

Silvio, alle 20 Mordopfer der neuen Rechten dürfen nicht umsonst gestorben sein!

Kundgebung in Nürnberg vor der Lorenzkirche am Dienstag 24.11.92 um 17 Uhr

Für Schutz und Freiheit auf allen Straßen, den Nazis entgegenzutreten! Organisiert Euch gegen Nazibanden!

An alle AntifaschistInnen in Berlin

Wir sind wütend über den Tod von Silvio.

Für uns war das hier der Anlaß sofort darauf zu reagieren und die Lokalredaktion der hiesigen Zeitung zu besetzten.

Wir wollen das permanennte Morden der Faschisten nicht mehr einfach hinnehmen

Wir sind traurig, weil Silvio zu den vielen Menschen, AusländerInnen, Flüchtlingen, BerberInnen u.a. gehört, deren Ermordung wir nicht verhindern konnten.

Aber mit der Wut und dem Haß werden wir alles daran setzen unseren Antifaschistischen Kampf hier weiter voranzutreiben.

Mut, Kraft und Liebe für euch alle, die um Silvio trauern

Nieder mit dem Faschistenpack und ihren Drahtziehern

Für eine starke antifaschistische Aktion !

Hoch die internationale Solidarität !

ANTIFA- PLENUM Rüsselsheim
Autonome Rüsselsheim
Freiwerk
Bauwägen
Planlos Raunheim
Infogruppe politische Gefangene in der BRD/Rüsselsheim

Pressemitteilung /Rüsselsheim, den 22.11.92

Lokalredaktion der "Rüsselsheimer MAIN-SPITZE" von AntifaschistInnen besetzt

ERKLÄRUNG VON AUTONOMEN KOMMUNISTEN UND KOMMUNISTINNEN ZUM ANGRIFF EINIGER "AUTONOMER" AUFEINE TROTZKYSTISCHE GRUPPE WÄHREND DER ANTIFASCHISTISCHEN DEMONSTRATION ANLÄßLICH DER ERMORDUNG VON SILVIO AM 22.11.92

zu anfang möchten wir betonen, daß wir politisch mit der angegriffenen trotzkystischen gruppe starke differenzen haben.
trotzdem fanden wir es gut, daß diese genossInnen sich spontan aus ihren bedingungen heraus zur ermordung von silvio verhielten und sowohl an der mahnwache als auch an der demonstration teilnahmen.
uns mißfiel, daß sie quasi an der spitze der demonstration gingen, allerdings gab es wegen der kurzen vorbereitungszeit keine blockabsprachen, so daß es niemanden anzulasten ist. außerdem müssen wir auch bei einer demoaufstellung wegkommen von der hierarchischen vorstellung, daß die, welche an der spitze gehen, die demo anführen und jene, welche am ende gehen automatisch abgewertet werden.
diese gruppe bestand aus älteren männern und frauen, die nicht "szenetypisch" aussahen und auftraten. die meisten sind wohl arbeiterInnen, was ihrem selbstverständnis und ihren parolen auch entsprach, die durchaus diskussionswürdig sind.
entsetzt hat uns der unverständliche angriff selbsternannter demoleiterInnen aus der autonomen szene. zunächst verbal später a uch handgreiflich gingen einige gegen diese gruppe vor. mensch muß sich vorstellen, 20jährige typen gehen gegen 40jährige frauen und männer vor.
genossInnen von uns, die sich gegen diese ausgrenzung wandten, ohne inhaltlich zu den trotzkystischen thesen stellung zu nehmen, wurden von diesen selbsternannten "autonomen" ebenfalls beleidigt.
die inhaltlichen statemens während der verbalen auseinandersetzung ließen uns deutlich werden, hier wird nicht eine gruppe ausgegrenzt, deren verhalten manchmal kritikwürdig ist, hier soll **auch ein teil unserer geschichte und kommunistischen identität ausgegrenzt werden. dazu sagen wir: wir sind immer bereit unsere kommunistische geschichte zu vermitteln - aber auch mit allen mitteln zu verteidigen, GEGEN ALLE, DIE SIE AUSLÖSCHEN WOLLEN!!!**
ein bißchen geschichtsbewußtsein sollte allen klar werden lassen, daß trotzkystInnen die hauptopfer der stalinistischen rechtsabweichlerInnen innerhalb der kpdsu und der komintern waren. neben anarchistInnen und anarchosyndikalistInnen fielen trotzkystische und linkskommunistische genossInnen der **POUM** den stalinistischen säuberungen im spanischen bürgerInnenkrieg zum opfer. welche mit verweiss auf die ddr-geschichte meinen trotzystInnen ausgrenzen zu können, sollen wissen, daß sie so handeln, wie die sed-verantwortlichen, die bis zum schluß trotzkistInnen oder soche, welche sie dafür hielten, verfolgte. wir haben auch mitbekommen, daß gerade die ausgegrenzte gruppe seit jahren praktische antifaschistische arbeit leistet. der faschist **carsten pagel** überzog jahrelang menschen aus dieser gruppe letzlich erfolglos mit prozessen, weil sie eine faschistische veranstaltung verhindert haben.
diese fakten interessieren die maulheldInnen vom 22.11. nicht. **stattdessen bestimmen sie, daß menschen, die die freilassungsforderung für erich honeker bejahen, auf der demo nichts zu suchen haben.** **als ein genosse von uns, freiheit für klaus croissant rief, wurde er ebenfalls beschimpft.**
wollen diese selbsternannten autonomen ingrid strobl, karlheinz roth, christian geißler usw. künftig ebenfalls ausgrenzen.
die genannten haben sich in einer in der "konkret", dem "freitag" **dem "ak" abgedruckten"erklärung zum fall honeker" die** forderung nach sofortiger einstellung des verfahrens gegen erich honeker und seiner mitangeklagten zu eigen gemacht. ebenso müßte die prozeßgruppe "kielhorn/bögelein" künftig ausgegrenzt werden, die ebenfalls diese forderung vertritt. autonome /revolutionäre zeitungen wie die **AGITARE BENE, KASSIBER ODER DAS ANGEHÖRIGEN-INFO** werden wohl auch bald auf den index stehen, die beiträge für die freilassung von erich honeker und klaus croissant abdruckten.
die aufgezählten medien und personen zeigen, daß die diskussion innerhalb der revolutionären/autonomen zusammenhänge zum glück weiter ist, als manche berliner freiraum-verteidigerInnen wahrhaben wollen.
besonders ermutigend erscheint uns, wie die **gefangenen aus raf und widerstand** ihre revolutionäre identität verteidigen.
jüngstes beispiel: die grußadresse von norbert hofmeister, gefangener aus dem widerstand, an die antirassistische, revolutionäre demo in bonn vom 14.11.92.
unter seinen acht forderungen ist auch die nach "einstellung der verfahren und inszinierungen gegen klaus croissant, erich honeker, willy stoph und die anderen!"
die revolutionären gefangenen wissen und spüren existentiell, daß solidarität mehr sein muß, als unterstützung seiner/ihrer engsten anhängerInnen. daß es außerdem darum geht, daß der brd-imperialismus alle physisch und psychisch auslöschen will ,für die der kampf um den kommunismus noch tagesaufgabe ist. damit nichts gelernt werden kann, aus den gemachten fehlern, wie es der raf-gefangene karl-heinz dellwo formulierte.
wir haben am 22.11. nicht zum ersten mal erleben müssen, wie auch sogenannte autonome die verteidigung unserer revolutionären traditionen und identität in den dreck ziehen.
wir werden uns darauf einstellen, im wissen, daß die künftigen kämpfe diese menschen **in die** joschka fischers der jahre 2005 verwandeln wird.
wir haben uns aber schon entschieden: auf der seite von klaus croissant, karl-heinz dellwo. christian klar und allen anderen revolutionärInnen .
auf einem transparent des "internationalistischen blocks" auf der schon erwähnten bonner demo stand folgende losung, die bei keiner antifaschistischen, antirassistischen aktivität fehlen sollte:
DIE BRD BRINGT SEIT ÜBER 20 JAHREN DIE KÄMPFERINNEN GEGEN FASCHISMUS UND RASSISMUS AUS RAF UND WIDERSTAND IN DIE KNÄSTE
KÄMPFT MIT UNS FÜR IHRE FREILASSUNG!

AUTONOME KOMMUNISTINNEN FÜR SOZIALISMUS STATT BARBAREI

Erklärung zur Verhaftung von Bernd (Atze)

Am 06.11.1992 wurde der F`hainer Antifaschist Bernd aus seiner Wohnung heraus verhaftet.

Ihm wird vorgeworfen, am 29.10.1992 das Auto des Dreckfaschisten Priem in Lichtenberg beschädigt zu haben.

Die Anklage lautet Sachbeschädigung.

Als Beweis dient den Bullen (Staatsschutz) ein auf seinen Namen angemeldetes Auto einer F`hainer Fahrgemeinschaft, welches am betreffenden Abend in Lichtenberg gesehen worden sein soll. Es wurden zwei Hausdurchsuchungen veranstaltet, bei denen viele persönliche Sachen von Bernd und das Gemeinschaftsauto als Beweismittel beschlagnahmt wurden.

Bernd sitzt seit dem 06.11.1992 in Moabit - gegen weitere Personen wird ermittelt.
Bei einer Gegenüberstellung mit SCHWEINEPRIEM, hat "dieses" Bernd nicht eindeutig identifizieren können.
Diese Tatsache und die unklare Beweislage reichen aber für den Staatsschutz bzw. Haftrichter aus, den Haftbefehl gegen Bernd aufrecht zu erhalten und dem Anwalt jede Akteneinsicht zu verweigern.

WIR SAGEN: SCHLUß mit der Kriminalisierung von Antifaschistinnen und Antifaschisten!

S O L I D A R I T Ä T mit BERND und ALLEN ANDEREN GEFANGENEN!!!!!!!!!!

- F R E I H E I T F Ü R A T Z E -----

zum 8. November in Berlin
"Ist jemand verletzt? Gab es einen Toten?"
Diese Fragen stellte der bayrische Ministerpräsident anläßlich des unsäglichen Polizeigipfels in München. Ich hätte sie ihm gern beantwortet. Noch Tage darauf gab es kaum eine Stelle meines Oberkörpers, welche nicht grün und blau geschillert hatte.
Daß Herr Richard von und zu ..., seines Zeichend Präsident dieses wiederverübelten Staates auch nur einen blauen Fleck davongetragen hat, möche ich allerdings bezweifeln. Eierwürfe pflegen dergleichen nicht zu hinterlassen. Es sei denn, mensch schmeißt mit Porzellaneiern, was aber offensichtlich nicht passiert ist. Und sollte er sich die Reinigung seines Anzuges nicht leisten können, so kann er mir ja die Rechnung schicken. Als sozial denkender Mensch habe ich ein Faible für notleidende Politiker.Vielleicht sollte aber auch die Presse, nachdem sie schon für das notwendige Mitleid gesorgt, nun eine Spendenkampagne anschieben?
Ich selber habe es am 8.11. vorgezogen, nicht Politiker mit Agrarprodukten, sonden DemonstrantInnen mit Papier (Flugis) zu beglücken.
"Diese autonomen Faschisten sind nicht besser, als ihre braunen Gesinnungsgenossen und feige Verbrecher wie diese." soll der Bündnis 90-Abgeordnete Konrad Weiß gemäß taz vom 9.11. nach den Eierwürfen geäußert haben. Er irrt sich. Faschos schmeißen keine Eier, sondern Brandsätze. Da er sich offensichtlich des Unterschiedes zwischen Brandsätzen und Hühnerfrüchten nicht bewußt ist, empfehle ich ihm, zur Abwechselung einmal seinen Wohnsitz in ein Flüchtlingswohnheim zu verlegen. Aber Politiker pflegen ja nicht Flüchtlinge vor Faschos zu schützen, sondern sie stattdesen dorthin zurückzuschicken, wo sie verhungern ,wo man sie foltert oder erschießt. Herr Konrad, ich empfehle ihnen dringend, ihren Namen farblich in "Schwarz" zu ändern!
Prima finde ich hingegen die Ankündigung des Berliner CDU-Chefs Landowsky, sie wollten sich künftig nicht mehr an solchen Demonstrationen beteiligen. Endlich sind wir mal EINER Meinung. Danke, Herr Landowsky! Danke, liebe Autonomis!
gerd

Nichts als ordinärer Nationalismus?

In einigen Gruppen findet seit einiger Zeit eine Diskussion zum Sinn oder Unsinn der Unterstützung nationaler Befreiungsbewegungen statt. Auslöser war ein im Juli '92 in der münchener Szenezeitschrift "Stadtratte" abgedrucktes Thesenpapier mit dem Titel: "Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen - Nichts als ordinärer Nationalismus!". In diesem wurde versucht zu begründen, jede nationale Befreiungsbewegung wäre zugleich eine nationalistische und jede Unabhängigkeitserklärung eines Volkes gleichzeitig eine Kampfansage an andere Völker.
Dazu nachfolgender Beitrag meinerseits:
"...Land! Ist es dem Land nicht egal, wer auf dem Apfelschimmel sitzt, der es staubig stampft, der Herzog von Bedford oder der Herzog von Orleans? Ist es dem Land nicht egal, in wessen Kehle sein Korn und sein Wein, sein Wildbret und Obst rutschen: Abgaben und Zehnten, an den Herrn von Beauvais oder den Herrn von Gloster? Immerhin kannst du den französischen besser Bescheid sagen. Diese englischen Herrn verstehen nicht einmal die Flüche..."
Dieses Zitat aus einem Hörspiel von Anna Seghers (Der Prozeß der Jeanne d'Arc zu Rouen 1431) kann meine Meinung zu dieser Problematik am besten verdeutlichen. Zwar ist jede Unterdrückung der Bevölkerung durch die Repressionsorgane des Staates im Interesse der HERRschenden Klasse (bzw. wie beim "Realsozialismus" im Interesse einer sich verselbständigt habenden Staats- und Parteibürokratie) unerträglich, als besonders unerträglich wird sie jedoch empfunden, wenn es sich um "fremde" Besatzungstruppen handelt. Sicher spielen dabei auch irrationale Motivationen der Betroffenen eine Rolle, es ist jedoch auch im allgemeinen so, daß eine "fremde" HERRschaft brutaler und rücksichtsloser praktiziert wird, als die über das "eigene" Volk. Staat und HERRschende Klasse müssen darauf Rücksicht nehmen, daß ihre Repressionsorgane (Militär, Bulledsei, Justiz ...) nicht in jedem Fall unbedingt gegen die "eigene" Bevölkerung eingesetzt werden kann. Es gab Fälle (viel zu wenige), wo sie ihnen den Gehorsam aufkündigten. Die bürgerlich-demokratische Revolution im Großherzogtum Baden im Jahre 1849 wurde durch eine Meuterei des Militärs ausgelöst. In Paris des Jahres 1871 verbrüderte (und -schwesterte) sich Militär und Volk, was die Regierung veranlaßte, schleunigst zu türmen, während die Aufständischen die Commune ausriefen. Die Februarrevolution in Rußland 1917 wude von großen Teilen der zaristischen Armee mitgetragen. Und in der DDR wichen im Oktober 1989 Militär, Polizei, Staatssicherheit und Kampfgruppen ohne einen Schuß vor unbewaffneten DemonstrantInnen zurück.
Kein Fall ist mir jedoch bekannt, in dem sich Kolonialtruppen auf die Seite der unterdrückten Bevölkerung geschlagen haben. Im Gegenteil, Militärrevolten von Besatzungstruppen waren oft mit Ausschreitungen gegen die Bevölkerung verbunden.
Ich hoffe, daß diese Argumentation ausreichend verdeutlicht, daß nationale Befreiungsbewegungen trotz auch nationalistischer Momente, die Interessen der kolonial (oder neokolonial) unterdrückten Völker widerspiegeln und vertreten. Daß daraus bisher immer statt einer freien, selbstbestimmten Gesellschaft NATIONALSTAATEN mitsamt ihren bekannten unguten Eigenschaften hervorgingen, widerspricht dem keinesfalls. Eine sollche Gesellschaft kann nur weltweit entstehen und bis dahin ist es noch ein weiter, steiniger Weg. Einen Nationalismus kann es in dieser jedoch nicht mehr geben.

gerd

Anmerkungen zum Konvoi nach Halbe am 15. 11.

Am S-Bahnhof Schöneweide war um 8 Uhr der Treffpunkt für den Berliner Konvoi. Aufgrund der nicht einschätzbaren Lage in Halbe war beschlossen worden, erst nach Königs Wusterhausen zu fahren, nach einer Kundgebung dort zu schauen, ob es möglich wäre nach Halbe zu kommen ansonsten eine Demo in Sachsenhausen abzuhalten. Eineinhalb Stunden später setzte sich der Konvoi, drei Busse und viele Pkw, ca. 500 Menschen in Bewegung. Direkt nach der Abfahrt riss der Konvoi auseinander. Schon in Berlin legten die vorderen Wagen so ein Tempo vor, daß es den hinteren Fahrzeugen selbst bei Tempo 70 nicht möglich war, Anschluß zu halten. Auch auf der Autobahn blieb das Tempo unverändert hoch (es stellt sich die Frage, ob die OrganisatorInnen es schlicht vergessen hatten zwischen Anfang und Ende des Konvois Funkkontakt zu halten), so drängten immer mehr Autos zwischen uns rein, da für den Konvoi fahren mit Licht nicht abgesprochen war (warum war das nicht vorgesehen?), war eine Orientierung, wer denn dazugehört kaum möglich.

Immerhin gelang es dennoch den meisten ohne große Verfahrerei nach KW zu gelangen. Dort angekommen stürmten dann nicht wenige erstmal in den nächsten Imbiß, um sich u. a. mit Alk zu versorgen. Die Kundgebung fand vor dem Bahnhof statt und da über KW auch die Züge nach Halbe fahren, wurden einfahrende Züge und S-Bahnen auf Faschos untersucht. Im ersten Zug waren dann auch drei Skins, die sofort von einer großen Menge angegriffen wurden. Einer von den Skins wurde dabei völlig brutal zusammengeschlagen. Schon am Boden liegend, rannten immer wieder "Antifas" an ihm vorbei, um ihn auch noch mal zu treten. Einer sprang dann noch von oben auf den Typen drauf und zum Schluß legten ihn dann Vier Leute auf die Gleise. Zwar schrien einige von uns, daß es nun genug sei, aber die "Meute" ließ sich durch nichts stoppen.

Anscheinend haben einige Leute einfach noch nicht begriffen, das Gewalt nicht geil ist und Faschos verkloppen nicht Spaß machen soll, sondern für uns ein politisches Mittel sein muß und mensch sich schon einige Gedanken machen sollte, wann und wie Gewalt eingesetzt werden sollte.

Als dann BGS-Truppen aufgefahren wurden und deren Einsatzleiter erklärte, daß wir nur nach Berlin abrücken dürften, wurde (von der Konvoileitung?) beschlossen, wieder zurück nach Schöneweide zu fahren. Eine Diskussion über unser weiteres Vorgehen fand nicht statt. Weder konnte darüber geredet werden, ob wir erstmal Richtung Berlin fahren sollten, um an einem näher gelegenen Ort unser weiteres Vorgehen abzusprechen, noch darüber, ob wir nicht zur angemeldeten Demo in Sachsenhausen fahren sollten, da zu diesem Zeitpunkt klar war, daß die Faschos nicht nach Halbe durchkamen und auch keine andere Kundgebung geregelt auf die Reihe kriegen würden. (Nur am Rande sei hier erwähnt, daß bei den unzählig umherschwirrenden Gerüchten, wo die Faschos sein könnten, innerhalb von einer Parkplatzlänge die Zahl von 20 Faschobussen(!) in Zeesen sich auf 50(!) Busse erhöhte.)

Auf der Rückfahrt nach Berlin kam dann keinerlei Konvoi mehr zustande. Das Geschehen glich mehr einer panikartigen Flucht. So wurden mehrere Kleingruppen abgesprengt, einige verfuhren sich, andere entschieden sich, den verschiedenen Meldungen über Fascho-Ansammlungen nachzugehen. In Schöneweide angekommen, eröffnete die Konvoi-Leitung den TeilnehmerInnen, daß hiermit die Sache für sie erledigt sei und wenn Leute noch wo hinfahren wollten, könnten die das ja tun. Auf die Frage, ob sie denn wenigstens das Megaphon dalassen könnten, um weitere Organisierung zu ermöglichen, kam die Antwort, nee, das hätten sie selbst nur geliehen und weg waren sie.

Zwar gelang es, ein weiteres Megaphon aufzutreiben und einen erneuten Konvoi zu starten, doch war dieser von Anfang an von einer Unzahl schwachsinnigster "Aktionen" begleitet. Dabei taten sich schon in Berlin zwei, mit "Jung-Antifas" besetzte Autos besonders hervor. Sie überholten sich ständig gegenseitig, fuhren nebeneinander her und schwenkten ihre Knüppel aus dem Fenster. Einer der Fahrer trank Bier, zudem überholten sie ständig den ersten Wagen des Konvois. In einem anderen Wagen kreiste eine 2-Liter Flasche Wein.

Als dem Konvoi einige Autos entgegen kamen, die sich in KW abgesetzt hatten und den verschiedenen Meldungen über Fascho-Ansammlungen nachgegangen waren, wurde beschlossen, sich auf einem Waldparkplatz in der Nähe neu zu beraten. Dort begannen dann Einige, umherliegende Äste durch das abschlagen an Bäumen zu völlig ungeeigneten Knüppeln zu "verarbeiten". Andere wollten in umherziehenden PilzesucherInnen Faschos ausgemacht haben und waren drauf und dran, diese zu bestürmen. Zwischenzeitlich war ein Auto nach Zeesen geschickt worden, um einen dort vermuteten Bus mit Antifas herzuholen. Den Menschen im Auto wurde ein walkie-talkie mitgegeben, dessen Reichweite viel zu kurz war, zudem hatten die Leute vergessen eine gemeinsame Frequenz auszumachen und die, die das Funkgerät auf dem Parkplatz hatten, wußten auch nicht, wie das Ding funktioniert.

Nach über einer Stunde kehrte das ausgeschickte Auto erfolglos zurück und da sich die Gruppe sowieso in der Auflösung befand wurde beschlossen, nach Berlin zurückzufahren. Ein Teil des Konvois.(Auch jetzt war eine geregelte Abfahrt nicht möglich gewesen) traf auf der Autobahnzufahrt auf den vermissten Bus, der liegen geblieben war.

Die Organisierung von Ersatzfahrzeugen für die Leute im Bus dauerte wegen "Koordinationsschwierigkeiten" Zwei Stunden und als die ersten Autos aus Berlin eintrafen, tauchte eine größere Einheit Bullen auf, die ankündigten, die Zufahrt zu räumen. Darauf wurde beschlossen auf die nahegelegene Autobahntankstelle zu fahren, dort die Leute erstmal abzusetzen, um die ca. 20 mit den Bullen allein gebliebenen Antifas erstmal von der Zufahrt zu holen. Weil aber auf der Tankstelle Vier Faschos gesichtet wurden und die Leute auf der Tanke mit ihren Knüppeln schwenkten und einige in das mit Video überwachte(!) Gebäude stürmten, um dort die Faschos zu verprügeln, mußten die Antifas von der Tanke flüchten, da inzwischen die, vom Tankwart verständigten, Bullen eintrafen. Glücklicherweise kamen die zurückgelassenen Menschen ohne weitere Probleme nach Berlin zurück. Ihre Gefährdung war aber der unverantwortliche Höhepunkt dieser gescheiterten Aktion.

Einschätzungen nach diesem mißglückten Konvoi

Eine derartige Anhäufung von Pannen, Unzulänglichkeiten und unverantwortlichem Verhalten darf es auf künftigen Fahrten einfach nicht mehr geben. Dadurch wird der Sinn solcher Aktionen insgesamt in Frage gestellt, eine politische Bestimmung ist dabei kaum noch auszumachen.
Die Leitung von solchen Konvois muß in Zukunft wieder besser organisiert sein, **Funkverbindung zwischen Anfang und Ende des Konvois, angemessenes Konvoi-Tempo, Licht bei allen Konvoi-Autos, klare Infos durch die Konvoi-Leitung und Diskussionen, wenn neue Entscheidungen notwendig werden sollten,** müssten eigentlich selbstverständlich sein. Und alle früheren Erfahrungen haben gezeigt, **daß gerade die Rückfahrt immer wieder der Schwachpunkt dieser Aktionen ist.** Dies muß durch klare Absprachen verhindert werden.
Dadurch, daß sich viele ältere Antifas entweder ganz, zumindest aber von solchen Aktionen zurückgezogen haben, fehlt es bei solchen Aktionen an Erfahrung und an verantwortlichem Handeln. Stattdessen vergrößert sich die Gruppe von denen, die "just for fun" ausziehen, um Faschos "zu klatschen". Vielen scheint gar nicht klar zu sein, was außerdem sie dazu bringen könnte, zu solchen Aktionen zu kommen, vielen fehlt dabei auch die politische Erfahrung, manchmal auch das politische Interesse?(Als auf der Kundgebung in KW die Nummer vom EA durchgegeben wurde, wußten etliche nicht, was der EA ist). Durch teilweise völlig unverantwortliche "Hau-drauf-Aktionen" gefährden einige dann den gesamten Konvoi und verhindern dadurch ein gezieltes Handeln aller TeilnehmerInnen.
Es ist klar, daß von den Jüngeren nicht erwartet werden kann, daß sie alles wissen können und sich politisch verantwortlich verhalten(da kommen mensch oft genug bei älteren Leuten in unseren Zusammenhängen erhebliche Zweifel), aber dann müssen, verdammt nochmal, die Menschèn, die die nötige Erfahrung haben und einiges klar haben, denen auch was davon vermitteln und wenn sich jetzt 'ne Menge Leute rausziehen und keine Vermittlung mehr geschieht, dann entsteht da halt ein ziemlicher Bruch und viel von dem, was wir wollen rutscht weg.
Verhaltensweisen, die eigentlich als selbstverständlich gelten müssten, verschwinden zunehmend. Dazu gehört auf jeden Fall, **kein Alk, keine Aktionen die die gesamte Aktion oder einzelne TeilnehmerInnen gefährden, der jeweils gegebenen Situation angemeßenes Verhalten und Militanz als politisches Mittel und nicht als Selbstzweck zu sehen.**

Wenn Konvois wie der nach Halbe weiterhin Sinn machen sollen und es gibt genug Gründe dafür, auch weiterhin an solchen Aktionen festzuhalten, dann müssen diese Verhaltensweisen in unseren Zusammenhängen durchgesetzt werden und nötigenfalls auch Leute rausgedrückt werden, die z.B. nicht darauf verzichten können, sich bei diesen Aktionen Alk reinzuschütten.
Daß Antifa-Aktionen noch krasser als früher zu absolut unakzeptablem Macho-Gehabe herhalten und Sexismus dabei besonders heftig blüht, darf einfach nicht hingenommen werden. Es kann nicht angehen, daß mit der erforderlichen Militanz im antifaschistischen Kampf, Verhaltensweisen gerechtfertigt werden, die in unseren Zusammenhängen nichts zu suchen haben und dem Ziel unserer(?) Politik völlig widersprechen. Die Diskussionen unter uns Männern darüber scheint zum Erliegen gekommen zu sein und jetzt, wo ja der große antifaschistische Kampf angesagt ist, als überflüssig betrachtet zu werden.
Auch hier sind die, die einiges klar haben, sich zumindest aber schon einige Gedanken gemacht haben, aufgefordert, Dinge zu vermitteln und nötigenfalls einzuschreiten.
Nichts wäre schlimmer, als daß unsere Politik zu reinem Aktionismus verkommt und die (sicherlich notwendigen) Interventionen uns davon abhalten würden, unsere Ansätze weiter zu entwickeln, zu versuchen, eine Alternative zur bestehenden Gesellschaft zu entwickeln und den Menschen klar zu machen, warum unser Entwurf besser sein könnte. Sonst verlieren unsere Aktionen ihren Sinn, hängen einfach in der Luft und verändern werden sie schon gar nichts.

Ein Mann (noch mit Hoffnung)

BRD : USA : Kanada :

Italien

ECN - SPINNENNETZ BERLIN

London : Italien :

:

London

Es gibt uns immer noch, das Spinnennetz Berlin. Nach einer etwas länger gewordenen Sommerpause mit wenigen Infos gibt's hier* eine Übersicht über die angekommenen Nachrichten aus der letzten Zeit. Die vollständigen Texte sind im Papiertiger, im Omega oder im Daneben im Ordner. Wir sind ab jetzt im Omega, Sparrstr.21 im Wedding zu erreichen.

* aus Platzgründen im Ordner

Zum Bullenüberfall auf das Flüchtlingsheim in der Proviantsbachstrasse ("Fabrikschloß") am 12.11.92

Am **12.11.92** fand in Augsburg im vermutlich größten Flüchtlingsheim der BRD eine Razzia statt. Um den Falschinformationen der Medien wenigstens ein wenig entgegensetzen zu können, halten wir es für wichtig, eine umfassende Schilderung der Ereignisse bis zur heutigen Situation zu verbreiten.

Auf dem Gelände der aufgelassenen Kammgarnspinnerei und -weberei in der Proviantbachstraße sind zur Zeit ca. 1500 Flüchtlinge aus knapp 60 Nationen zusammengepfercht. Den Namen "Fabrikschloß" bekam das unter Denkmalschutz stehende Fabrikgebäude von der Augsburger Kunst- und Kulturszene, die die Hallen als Kulturtempel nutzen wollte. Als vor etwa einem Jahr in die alten Hallen Rigips-Platten eingezogen wurden, um wenigstens 10- bis 15-Bett-Zimmer zu errichten, stellte die Stadt Augsburg als Übergangswohnräume deklarierte Container auf. Nach Beendigung der Baumaßnahmen wurde die Zahl der Flüchtlinge jedoch erheblich erhöht. Bis zum heutigen Tag wurden weitere Container hinzugeknallt. Auf die katastrophalen Zustände in der Proviantbachstraße wollen wir jedoch hier nicht näher eingehen.

Zu den jetzigen Ereignissen:

Ende September wurde den Flüchtlingen durch an die Wand geklebte Zettel in deutscher Sprache mitgeteilt, daß sie ab 01.11.92 statt der bisher gekürzten Sozialhilfe nur noch Essenspakete und ein Taschengeld von 100,- DM monatlich erhalten würden. Die Maßnahme wurde auf den "Mittei-lungen" nicht begründet. Durch Zufall erfuhren die Flüchtlinge von einem Mitarbeiter des Gesundheitsamtes, daß das "Fabrikschloß" zum 1.Nov. aus der Verwaltung der Stadt Augsburg in die Verwaltung des Regierungsbezirks Schwaben überstellt würde. Hintergrund dieses Wechsels ist, daß Sammelunterkünfte ab 500 Personen (!) grundsätzlich von den Kommunen abgegeben werden müßten. Dies ist von der Stadtverwaltung Augsburg versäumt worden. Da in der Proviantbachstraße schon seit langem mehr als 500 Menschen untergebracht sind, ist es wohl politisches Kalkül, in der momentanen Situation (GG-Änderung usw.) die Essenspakete einzuführen, obwohl bekannt ist, daß diese von den Flüchtlingen abgelehnt werden. Bereits Anfang Oktober luden die Bewohner der Proviantbachstraße ein breites Spektrum zu einem Treffen ein. Dieses verlief aus unterschiedlichen Gründen sehr chaotisch. Bei den beiden nachfolgenden Treffen wurde die Beteiligung immer geringer. Für die Flüchtlinge gab es trotz mehrerer diskutierter Möglichkeiten im Endeffekt nur eine Rede auf der Antirassismus-Demo am 07.11.92. Im genannten Redebeitrag drückten die Flüchtlinge allerdings deutlich aus, daß sie die Essenspakete nicht akzeptieren würden. Am 02.11. wurden zum ersten Mal Essenspakete augegeben. Diese wurden nur zum Teil abgeholt.

Was dann noch geschah:

Am **Montag, dem 09.11.92,** zu Beginn der 2. Essensausgabewoche, machten die Flüchtlinge, von den meisten ihrer langjährigen UnterstützerInnen alleingelassen, ernst. Von den 6-700 Berechtigten (etwa die Hälfte der Insassen arbeitet für Hungerlöhne) holten nur 3 ihr Essenspaket ab. Der Eingang zur Paketausgabe wurde wohl zeitweise blockiert.

Am **Dienstag, dem 10.11.**, war dies nicht mehr notwendig, weil sich der größte Teil der Berechtigten nach Gesprächen solidarisiert hatte. Bei Ankunft der Presse und vor laufender Kamera wurden Pakete der Vorwoche demonstrativ auf eine angrenzende Straße ausgeschüttet.

Am **Mittwoch, dem 11.11.** gegen 11.00 Uhr (Helau!), versuchten Angestellte der Regierung von Schwaben, begleitet von ca. 40 Bullen und vor laufender Kamera des Bayerischen Rundfunks, mit einem Transporter den Bewohnern willkürlich ausgesuchter Container Essenspakete aufzudrängen. Dieser propagandistische Faschingsumzug diente hauptsächlich dazu, dem Fernsehpublikum den "guten Willen" der Behörden zu beweisen und die in den Medien verbreitete Rädelsführertheorie (8 Leute halten 700 (in der Presse sogar 1500) willige Lämmer von der Abholung der Essenpakete ab) durch selektive Filmaufnahmen der ca. 150 Umstehenden durch die Polizei zu beweisen. In den am Sonntag im 'Zeitspiegel' gezeigten Bildern wird deutlich, daß sich der während des Umzuges anwesende Krisenstab, der am Dienstag zusammengestellt worden war, danach zu einer Einsatzbesprechung in der Paketabgabehalle traf, bei der die letzten Vorbereitungen zur in der darauffolgenden Nacht geplanten Großaktion getroffen wurden.

Am **Donnerstag, dem 12.11** gegen 3.00 Uhr, wurde das ganze Gelände abgeriegelt. Es ist schwer nachzuvollziehen, was wirklich passiert ist, da die Berichte der Presse und der Augenzeugen weit auseinanderklaffen.

Klar ist, daß:

- Container- und Hausdächer besetzt wurden;
- Türen eingetreten wurden;
- Menschen verprügelt wurden (besonders hart traf es die Flüchtlinge aus Zaire);
- Mobiliar aufgebrochen und beschädigt wurde;
- alle angetroffenen Personen körperlich durchsucht wurden.

Das alles wurde in den Medien als "Durchsuchung" bezeichnet. Die ganze Aktion wurde von den über Bayern hinaus berüchtigten **USK's** durchgeführt, die zeitweise mit Haßkappen **vermummt waren**. Während der gesamten 8 Stunden der Aktion durften die Flüchtlinge ihre Behausung nicht verlassen (auch nicht, um zur Toilette zu gehen). Die Arbeitenden unter ihnen konnten das Lager nur mit Passierschein der Polizei und mit erheblicher Verspätung verlassen.
Während der Aktion wurde eine uns derzeit unbekannte Zahl an Personen **festgenommen**. Entgegen den Pressemeldungen, die von ca. 15 Festgenommenen sprechen, vermuten die Flüchtlinge eine wesentlich höhere Anzahl an mitgenommenen Personen. Der größte Teil der Verschleppten wurde bereits am Abend desselben Tages in andere, uns bislang nicht bekannte Lager gebracht. Sicher ist, daß bis heute mindestens 5 Menschen in Haft sind, wobei die Vorwürfe z.T. noch nicht klar sind.
Nach Beendigung der Aktion wurde von Polizei und Regierung von Schwaben mehrere Tage lang versucht, Kontakte zu den Flüchtlingen zu verhindern.

In einem Teil der Medien und in UnterstützerInnengruppen wird von einem überzogenem Polizeieinsatz gesprochen. Dies war die schärfste Formulierung, die bislang für diese Art Bullenterror benutzt wurde. Diese Aktion hat ihr Ziel, den selbstbestimmten Widerstand der Flüchtlinge zu brechen, erreicht. Ob sich noch Widerstand regt, nachdem sich die Menschen vom Schock erholt haben, wird sich noch zeigen.

Die Forderungen der Flüchtlinge aus dem "Fabrikschloß" bleiben jedoch auch richtig, wenn ihr Widerstand gebrochen sein sollte:

"Wir wollen, daß die Lieferung von Essenspaketen wieder in begrenzte Sozialhilfe umgewandelt wird, wie dies vorher war!

Wir wollen akzeptable Lebensbedingungen! Ein erster Schritt wäre die Aufteilung in kleinere kontrollierbare Gebäude!

Wir wollen bessere Arbeitsmöglichkeiten! Im Falle der Proviantbachstr. sind es mehr als 1200 Männer leid nur herumzuhängen!

Wir wollen bessere Kommunikationsmöglichkeiten nach innen und außen!

Wir wollen, daß Ihr alle im Alltag gegen Rassismus und Gewalt einschreitet!"

PS: Obwohl für uns die Situation derzeit verdammt undurchsichtig ist, versuchen Leute vom EA, an die Gefangenen und die in andere Lager verschobenen Menschen heranzukommen. Wir werden uns weiter um die Klärung der Ereignisse kümmern. Zudem wollen wir ein weiteres Papier nachschieben, sobald mehr zu den Verhafteten klar ist. Sollte es zu Prozessen kommen, sind wir dringend auf finanzielle Unterstützung angewiesen. Ihr könnt euch ja vielleicht schon was dazu überlegen. Wer Dinge noch genauer wissen will oder einen Pressespiegel haben will, soll uns schreiben.

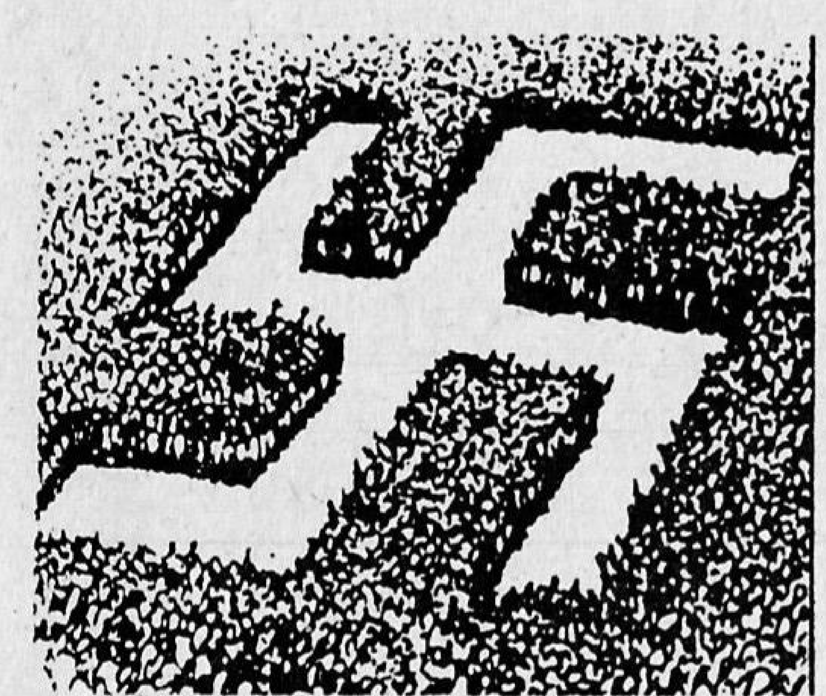
EA Augsburg
c/o Infoladen Uferlos
Konrad-Adenauer-Allee 21
8900 Augsburg

Samstag, 5.12.1992 Aktion gegen Jahrestreffen der "DIE ARTGEMEINSCHAFT - Germanische Glaubensgemeinschaft Wesensgemässer Lebensgestaltung"

in Exdorf bei Hildburghausen (zwischen Meiningen und Römhild, Thüringen)

Am 4.-6.12. werden sich in Exdorf ca. 300 "Gefährten" der Artgemeinschaft zu ihrem "ersten Gemeinschaftstag in Mitteldeutschland" treffen.
Diese Artgemeinschaft ist die von Jürgen Rieger, bekannter Nazianwalt, geführte Vereinigung verschiedener neofaschistischer Strömungen, unter dem Deckmantel der Pflege germanischen heidnischen Kultes.
Darin vertreten sind Wiking-Jugend, FAP, Nationalistische Front und NPD-Mitglieder.

Hinter heidnischen Kult verbirgt sich der Neofaschismus


eine unverdächtige Menschenansammlung?

Bis zu Beginn der 80er Jahre handelte es sich bei der 'Artgemeinschaft' um eine relativ unbedeutende neuheidnische Sekte, mit nur wenigen hundert Mitgliedern. Nach dem Putsch einer Gruppe jüngerer Funktionäre um Jürgen Rieger gegen den Gründer und langjährigen Vorsitzenden, Wilhelm Kusserow, änderte sich sowohl der Charakter als auch die Mitgliederzahl und die Altersstruktur der Gruppe.
Der Kurs der folgenden Vorsitzenden, Guido Lauenstein und Wielant Hopfner, führte zu einer stärkeren Politisierung und einer deutlicheren Betonung des **Rassismus**.
Als Folge traten verstärkt Kader zunächst der **FAP** und der **Wiking-Jugend**, später auch der **Nationalistischen Front** der Artgemeinschaft bei.

Gleichzeitig wurde das Bündnisspektrum beträchtlich erweitert. Im Niedersächsischen Hetendorf findet seit 1991 jährlich eine Tagungswoche statt in Zusammenarbeit mit dem Familienwerk e.V, mit dem Freundeskreis der Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung, der Gesellschaft für freie Publizistik, dem Heinrich Anacker Kreis und der Nordische Ring. Bei diesen Tagungswochen wirkt die Artgemeinschaft neuerdings innerhalb des neu-heidnischen Spektrums Strömungsübergreifend.

Die Zusammenarbeit mit den restlichen Gruppen zeigt, daß zunehmend beabsichtigt ist, innerhalb des Neofaschismus ideologiebildend zu wirken.

Am Samstag, 5.12.

8.oo Uhr Abfahrt der Busse nach Exdorf ab Parkplatz, Haus der Gewerkschaften Erfurt, Juri Gagarin-Ring 150

Alle Menschen, die Rassismus und menschenfeindliche Zusammenrottungen verhindern wollen, sind aufgerufen mitzumachen und uns bei der Mobilisierung zu unterstützen.

Überregionales Vorbereitungstreffen:

Am Samstag, 28.11., 14.00 Uhr im Mainzer Hof, Mainzer Hof Platz 6 (Hinter dem Dom), Erfurt (Tel.: 0361 23865)

Vorbereitung: Gewerkschafter gegen Rassismus & Neofaschismus; Info-Laden Sabotnik Erfurt

Erfurter Aufruf

der TeilnehmerInnen der Antirassistischen Aktionskonferenz Thüringen 7.11.92

Die TeilnehmerInnen der Antirassistischen Aktionskonferenz Thüringen, die unter dem Eindruck der aktuellen Ereignisse in der Bundesrepublik stattfindet, und auch an den 9.11.1938 erinnern soll, fordern alle BürgerInnen auf, dem zunehmenden Rassismus und Neofaschismus entgegenzutreten.
Vor 54 Jahren brannten die Synagogen, jüdische BürgerInnen wurden gejagt, gequält, verschleppt und ermordet, ihre Häuser zerstört. NachbarInnen schauten zu und schwiegen, oft weil sie der Lüge glaubten, die Jüdinnen und Juden seien Schuld an Arbeitslosigkeit und sozialer Not.

Heute brennen Flüchtlingsunterkünfte, werden AusländerInnen gejagt, verletzt und ermordet. Menschen sind zu Mördern geworden, weil verantwortungslose RepräsentantInnen von Staat und Parteien sowie vieler Medien sie glauben machen, die Flüchtlinge seien Schuld an Arbeitslosigkeit und sozialer Not. NachbarInnen schauen zu und schweigen, viele billigen offen die Hatz auf Menschen, die bei uns Zuflucht suchen vor Verfolgung, Krieg und Hunger.

Die Erinnerung an die Verbrechen des Naziregimes ist für uns Verpflichtung, jede Form von Diskriminierung und Rassenhetze zu bekämpfen.
Deshalb fordern wir:

- Schutz aller Flüchtlingsunterkünfte und Opfer rassistischer und neofaschistischer Gewalt,
- Durchsetzung des Verbotes und Auflösung und Bekämpfung rechtsextremer Organisationen,
- keine Toleranz für rassistisches Gedankengut und rechtsextreme Aktivitäten und Organisationen, bei Ausschöpfung des bestehenden rechtlichen Rahmens,
- Antifaschismus und Antirassismus müssen ein fester Bestandteil von Jugend- und Bildungsarbeit sowie von Schule werden.

* Weltweit sind Millionen Menschen auf der Flucht vor Verfolgung, Krieg und Hunger. Nur wenige derer kommen zu uns. Eine Grundgesetzänderung lindert weder die Not der Mehrheit der Weltbevölkerung noch löst sie nur eines der mit der Einwanderung verbundenen Probleme. **Wer das Asylrecht einschränkt, stärkt die Rechtsextremen in ihren Positionen und Aktionen.**
Die Streichung des Asylrechts wird den Zugang von Flüchtlingen nicht stoppen.
Deshalb fordern wir:

- die Ursachen von Flucht und Wanderung, u.a. die Ausbeutung der III. durch die I. Welt verursacht, müssen beseitigt werden.
- Erhalt des individuellen Rechtes auf Asyl und der Möglichkeit gegen eine Ablehnung gerichtlich zu klagen - **keine Änderung des Artikel 16 GG.**

* Die Bundesrepublik ist ein reiches Land. Teure Rüstungsprojekte und 1,5 Billionen DM der Konzerne auf deutschen Banken, stehen im Gegensatz zum Stopp des sozialen Wohnungsbaus und zu Streichungen im Gesundheitswesen und bei der Arbeitsbeschaffung.
Deshalb fordern wir:

- Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen durch verantwortungsvolle Wirtschafts- und Strukturpolitik,
- Finanzierung von sozialem Wohnungsbau, Sozialvorsorge und Umweltschutz,
- wirksame Entwicklungshilfe, mindestens nach den Kriterien der UNO, und eine Weltwirtschaft wie sie von der Dritten Welt gefordert wird, die es den Menschen erlaubt in ihrer Heimat zu leben,
- Anerkennung der Tatsache, daß Deutschland ein Einwanderungsland ist, Bleiberecht für alle in der Bundesrepublik befindlichen Flüchtlinge und VertragsarbeitnehmerInnen und Aufbau der dafür erforderlichen Infrastruktur und die Auflösung der Sammellager.

* Die Verbrechen des Faschismus und seiner AnhängerInnen gehören zu unserer Geschichte. Der Widerstand Weniger ist Auftrag für uns.
Deshalb fordern wir:

- Erhalt und Schutz aller der Erinnerung an die Verbrechen und an den antifaschistischen Widerstand gewidmeten Stätten und Denkmäler,
- Schluß mit dem Versuch, unsere Geschichte zu 'säubern' und den antifaschistischen Widerstand heute und morgen zu kriminalisieren.

Wir rufen alle BürgerInnen auf, sich mit uns gegen Rassismus und Intoleranz zu stellen.

Dieser Aufruf wurde von den 300 TeilnehmerInnen der antirassistischen Aktionskonferenz am 7.11.1992 in Erfurt verabschiedet.

NIE WIEDER KRIEG! NIE WIEDER FASCHISMUS!





zu Seite 16/17

Liebe FreundInnen!

Wie Ihr aus der beiliegenden Einladung ersehen könnt, will sich die neofaschistische Artgemeinschaft in Exdorf, bei Meiningen in Thüringen, zu ihrem Jahrestreffen zusammenrotten.
Es muß verhindert werden, daß Neofaschisten ungestört beraten und weitere Gewalttaten gegen AntirassistInnen und AusländerInnen planen können.

Entsprechend der Bedeutung der Artgemeinschaft als Bindeglied zwischen Militanten und Nadelstreifen-Neofaschismus halten wir eine überregionale Mobilisierung von AntifaschistInnen für notwendig.

Nach dem Besuch behördlich zuständiger Stellen, in Exdorf für die Kulturhalle und in Meiningen für das Landschulheim in Römhild, können wir euch sagen, daß es von diesen Stellen die mündliche Versicherung gibt, "ihr möglichstes zu tun, um das Treffen zu verhindern".
Erfahrungsgemäß muß weiter Druck entwickelt werden, damit diese Stellen ihre Zusagen einhalten. Daher bitten wir Euch dem Bürgermeister von Exdorf und dem Ordnungsamt Meiningen entsprechende Protestzuschriften zukommen zu lassen.

Unabhängig dessen wie sich die behördlichen Stellen verhalten werden, gehen wir davon aus, daß es notwendig ist für entsprechende Gegenaktivitäten, am 5.12.1992 (siehe beiliegendes Flugblatt) zu sorgen.
Die örtlichen Bedingungen sind besichtigt und für Antifa Aktionen gleich welcher Art als optimal befunden worden.
Die Orte der Veranstaltung liegen mitten im Thüringer Wald. Spielorte sind zahlreich vorhanden (allerdings ohne Animation).

Die neuesten Entwicklungen, was die Vermietung der Räumlichkeiten und eventuelle Ummobilisierungen der Faschos angeht, sind in Erfurt zu erfahren.
Und zwar unter der Telefonnummer 0361/6738396 oder 712258 ab 1.12. 7312230

Vorbereitung: GewerkschafterInnen gegen Rassismus und Neofaschismus/Infoladen Sabotnik, Mainzer Hof Platz 6, o-5020 Erfurt

Fleißarbeit des Potsdamer PolPräs:

Aus der Verbotsverfügung der Antifa-Kundgebung in Halbe

03.01.1992
Kassel
Militante Autonome überfallen Trauerveranstaltung anläßlich der Beisetzung der Urne des verstorbenen Neonazi-Führers Michael Kühnen und verletzen Teilnehmer mit Messerstichen
11.01.1992
Braunschweig
Autonome stören gewaltsam Kundgebung der "Jungen Nationaldemokraten"
25.01.1992
Frankfurt/Main
Schwere Ausschreitungen militanter Autonomer gegen Bundeskongreß der "Jungen Nationaldemokraten"
08.02.1992
Bonn
Bewaffnete Autonome greifen FAP-Demonstrationszug an
21.02.1992
Berlin
Militante Autonome überfallen und verletzen Teilnehmer einer Veranstaltu. "Berliner Kulturgemeinschaft Preußen"
06.03.1992
Geislingen
60 militante Antifas greifen Versammlung der "Republikaner" sowie Skinheads an

01.05.1992
Berlin
Linksextremistische Gruppen greifen Aufzug der FAP an
23.05.1992
1.000 Linke greifen Demonstration rechtsextremistischer Parteien (NL u. a.) an
30.05.1992
Bad Godesberg
Linksextremisten stören Kundgebung der "Republikaner", greifen Polizei an
02.06.1992
Suhl
Angriff von 30 Autonomen auf 15 Rechte, Waffen von der Polizei beschlagnahmt
12.06.1992
Bonn
Linke Jugendliche setzen sich gewalttätig mit 40 FAP-Aktivisten auseinander
leisten Widerstand gegen Polizei

07.03.1992
Mainz
Militante Autonome greifen Teilnehmer einer Kundgebung des "Deutschen Hessens" und der "Deutschen Alternative" an
14.03.1992
Passau
Gewalttätige Proteste mit Ausschreitungen gegen Großkundgebung der DVU
21.03.1992
Leipzig
Krawalle im Zusammenhang mit einer Demonstration rechtsextremistischer Parteien (DA, NL, NO u. a.), Beschluß der Polizei mit Feuerwerkskörpern, Wohnhaus einer rechten Gruppe niedergebrannt
03.04.1992
Hamburg
Angriff Vermummter auf Tagung des "Vereins für Kultur- und Zeitgeschichte"
04.04.1992
Berlin
Vermummte töten in einem Restaurant Gerhard Kaindl, Funktionär der "Deutschen Liga"; Tötungsverbrechen in "antifaschistischer" Publizistik nachträglich gerechtfertigt
16.06.1992
Köln
Ausschreitungen gegen Demonstration der "Deutschen Liga", gewalttätige Auseinandersetzungen mit der Polizei
22./23.06.1992
Wuppertal
Autonome überfallen vermeintliche Rechte
20./21.07.1992
Rödersdorf
Autonome überfallen Zeltlager, verletzen Sympathisanten der DA und der DVU
19.08.1992
Eberswalde
Antifaschistische Demonstration unter Beteiligung von militanten Autonomen, diese greifen vermeintliche Rechte und Polizei an
27.08.1992
Frankfurt/Oder
Gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen jeweils ca. 50 - 60 Personen der linken und der rechten Szene, Polizei stellt zahlreiche Waffen sicher
03.09.1992
Berlin
"Rote Antifaschistische Fraktion" (RAF) überfällt Jugendclub, der von Rechten besucht wird; in einem Selbstbezichtigungsschreiben wird der Anschlag als "koordinierte militärische Aktion" bezeichnet und gerechtfertigt
05.09.1992
Konstanz
Militante Autonome greifen Demonstration der NO an, Polizei ermittelt gegen rechte und linke Gewalttäter
12.09.1992
Duisburg
Antifaschistische Demonstration, Ausschreitungen militanter Autonomer, Waffen sichergestellt
12.09.1992
Köln
150 Autonome überfallen 8 Rechte, greifen Polizeibeamte an
12.09.1992
Erlensee
100 Antifas versuchen, rechte Disko zu stürmen, verletzen Polizeibeamte
20.09.1992
Erkner
Ca. 30 Linke überfallen Gaststätte, verletzen Angehörige der rechten Szene
26.09.1992
Bielefeld
Rechtes "Kameradschaftstreffen Ostwestfalen-Lippe" wird von militanten Autonomen angegriffen, gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen beiden Seiten







DAS ANTIRASSISTISCHE TELEFON

- sammelt Informationen über rassistische Diskriminierungen, Bedrohungen und Übergriffe, über Aktivitäten rassistisch orientierter Organisationen und Parteien
- dokumentiert und veröffentlicht die eingehenden Meldungen
- benutzt die Informationen und Erfahrungen, um zusammen mit anderen Initiativen gegen Rassismus und Diskriminierungen vorzugehen und um den Kampf für die Gleichberechtigung aller hier lebenden Menschen zu unterstützen
- vermittelt, soweit als möglich, Rechtsanwältinnen, Beratungsstellen und Initiativen für die von Rassismus Betroffenen
- informiert über Treffen, Veranstaltungen, Gruppen zum Thema Antirassismus

Die Häscher sind los!

Neue Durchsuchung in den §-129a-Ermittlungen gegen den autonomen Antifa-Widerstand

Am Dienstagmorgen, den 10. November 1992 klingelte es an der Tür eines Genossen aus dem autonomen Antifa-Widerstand in Uelzen. Vor der Tür standen Ermittler des Landeskriminalamtes Niedersachsen (LKA).
Als Grund für die Durchsuchung gaben LKA'ler an, ein anonymes Schriftstück erhalten zu haben. Dieser Brief denunziert den Genossen angeblich an der Planung eines Sprengstoffanschlages auf die Deutsche Bank in Uelzen beteiligt zu sein.

Dieser Vorwurf eines geplanten Sprengstoffanschlags ist völlig aus der Luft gegriffen und absurd.
Der Genosse ist in Uelzen ein stadtbekannter autonomer Antifaschist, gegen den auch schon in der Vergangenheit Ermittlungsverfahren liefen. In letzter Zeit kommt hinzu, daß er heftigen Bedrohungen durch Neonazis ausgesetzt ist.
Aus diesem Grund liegt der Verdacht nahe, daß dieser Brief, sofern er überhaupt existiert, von rechten Kreisen stammt.
Mensch könnte diese Vorgänge unter dem Kapitel Absurditäten, die das LKA schrieb, abtun wenn nicht durch das beschlagnahmte Material und mündliche Äußerungen der durchsuchenden Beamten klar werden würde, daß diese Durchsuchung mit den Ermittlungen des LKA in Göttingen zu tun hat.

Die Durchsuchung
Bei der Durchsuchung war der Genosse selbst nicht anwesend. Sein Vater öffnete dem LKA die Tür.
Eine Stunde durchsuchten die Staatsbüttel den Keller, das Auto der Eltern und das Zimmer des Genossen.

Die Häscher
Linolschnitte Vorder- und Rückseite aus: Carl Meffert alias Clément Moreau, Nacht über Deutschland 1937 bis 1938

Beschlagnahmt wurde sämtliches schriftliche Material, das mit der Autonomen Antifa (M) in Zusammenhang steht und Papiere und Protokolle vom bundesweiten Organisierungsprozeß. Anderes Material, das zur Stützung des abstrusen LKA-Vorwurfes des geplanten Bombenanschlages sicherlich dienlicher gewesen wäre, wie z. B. Ausgaben der Zeitung „Radikal" wurde nicht beschlagnahmt. Offensichtlich ging bzw. geht es dem LKA um etwas anderes.

Der Genosse wohnte von Oktober 1990 bis April 1991 in Göttingen, wo er einen Teil seines Zivildienstes ableistete. Daß er in dieser Zeit mit der Autonomen Antifa (M) in Kontakt stand, ist kein Geheimnis, auch nicht, daß dieser Kontakt bis heute besteht.
Aber gerade darauf scheinen es die Fahnder abgesehen zu haben. So suchten sie nach entsprechendem Briefwechsel und beschlagnahmten, was sie finden konnten.

Die Konstruktionen gehen weiter
Um den Zusammenhang verstehen zu können, in dem diese Durchsuchung einzuordnen ist, ist ein kurzer Überblick über die derzeitig bekannte Faktenlage im Zusammenhang mit den §-129a-Ermittlungen gegen den autonomen Antifa-Widerstand in Göttingen vonnöten.

Am 24. Dezember 1991 wurde durch das Göttinger Tageblatt (GT) erstmals öffentlich bekannt gemacht, daß die Generalbundesanwaltschaft (BAW) in Karlsruhe *„Wegen Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung gegen offiziell bisher unbekannte Personen aus der autonomen Szene in Göttingen"* ermittelt. Mit dieser Aufgabe wurde das LKA Niedersachsen betraut. Anlaß für die Ermittlungen sind bislang nicht aufgeklärte Anschläge, die in den letzten zehn Jahren in Göttingen stattgefunden haben.

Zunächst setzte in Göttingen eine breit gestreute Observationstätigkeit des LKA gegen autonome Zusammenhänge ein. Bald konzentrierte sich die Ermittlungstätigkeit auf 15 Personen, größtenteils Schülerinnen und Schüler.
Die 15 waren nach dem Angriff auf das damalige FAP-Schulungszentrum in Mackenrode am 26. Oktober 1991 zufällig in der weiteren Umgebung von Mackenrode in eine Polizeisperre geraten. Diese Gruppe wird vom LKA mit dem genannten Angriff in Zusammenhang gebracht und mit §-129a-Ermittlungen verfolgt.
Beweggrund dieser Ermittlungen ist es, vor allem die Leute unter Druck zu setzen, um an Informationen und belastendes Material von anderen Personen heranzukommen. In diesem Zusammenhang ist sicherlich im Frühjahr 1993 noch einiges zu erwarten.

Politische Klimazonen
Eine Gruppe, die von Beginn an im Fahndungskreuz des LKA stand, ist die Autonome Antifa (M). Das war ein ausschlaggebender Grund dafür, daß wir die Silvesterdemo 1991/92 initiierte.
Zu dieser Demo wurde im vornherein unter der Voraussetzung mobilisiert, daß es einen starken, ausgerüsteten schwarzen Block geben sollte, wobei Ausrüstung in diesem Fall Behelmung ausdrücklich mit einschloß.
Politisches Ziel war es, zu demonstrieren, daß mensch sich von Polizeiaktionen wie gegen die Mahnwache am 17. November 1991 nicht einschüchtern läßt und Autonome keine hirnlose Randaletruppe sondern politisch vorgehende Menschen sind.

Bis unmittelbar vor der Demo kam es zu Brandanschlägen, das politische Konzept der Demonstration schien riskant. Die LKA-Fahnder erwarteten Randale, was ihnen gut zu Paß gekommen wäre, um gegen die VeranstalterInnen vorzugehen.



Noch hast du deine Ruhe hier – Was aber wirst du machen? – Wenn sie vor deiner Türe stehn – Hast du die Tasche dann bereit? – Gehst du mit Mensch, dann pass bloß auf – die Leisetreter sind Folterer!
Text: die B1

Doch die Silvesterdemo verlief, mit 700 TeilnehmerInnen, wie geplant. Mittels Redebeiträgen bestand die Gelegenheit, sich öffentlich von einigen Anschlägen zu distanzieren, die offensichtlich nicht von autonomen Zusammenhängen verübt worden waren.
Dies galt insbesondere für Anschläge einer Gruppe „Anti Deutschland Liga – Für autonome Gewaltherrschaft". Diese Brandanschläge versuchte das LKA autonomen Zusammenhängen anzudichten.
Das politische Kalkül, mit der Silvesterdemo offensiv gegen die §-129a-Ermittlungen vorzugehen, ging auf. Dabei war natürlich klar, daß das nur ein erster Schritt sein konnte.
Im März 1992 schnappte die Polizei einen 39jährigen Psychiatriepatienten, der die Anschläge der „Anti-Deutschland-Liga" und mehrere Sabotageaktionen gegen Gleisanlagen der Bundesbahn durchgeführt hatte. Mit diesem Fahndungserfolg brach ein Teil der LKA-Konstruktion zusammen.

Die Ermittlungstätigkeiten der LKA-Sonderkomission gingen unvermindert weiter. Die Fahnder grasten alle Zeitungs- und Rundfunkredaktionen ab, um Pressemitteilungen der Autonomen Antifa (M) und Anschlagserklärungen zu bekommen. Die Papiere wurde aufwendig nach Fingerabdrücken untersucht. Den MitarbeiterInnen zumindest einiger Redaktionen wurden sämtliche Fingerabdrücke genommen.
Ziel des LKA war es offensichtlich, Fingerabdrücke von Antifa (M)-Mitgliedern zu lokalisieren und mit entsprechenden Abdrücken auf Anschlagserklärungen etc. zu vergleichen.
Wohl deshalb versuchten die Ermittler auch direkt von der Antifa (M) die Pressemappe zur erfolgreichen Verhinderung der Pan Europa Union-Veranstaltung mit Otto von Habsburg am 11. Juni 1992 zu bekommen. Über einen Decknamen schrieb das LKA die Postadresse der Autonomen Antifa (M) an. Das Vorgehen der Fahnder wurde schnell enttarnt und ihnen ein entsprechendes Antwortschreiben zugesandt.

Die mittlerweile auch in der Öffentlichkeit wahrgenommene Erfolglosigkeit der Ermittlungen, versuchten die LKA-Spezialisten dann trotzdem als Erfolg zu verkaufen, indem sie behaupteten, daß es in Göttingen seit Bekanntwerden der Ermittlungen keine Anschläge mehr gegeben hätte. Aber auch das stellte sich bald als Fehleinschätzung heraus. 1992 gab es neben zwei Scherbendemos mehrere Anschläge, so daß die Behauptung des LKA gegenstandslos wurde.

Hausdurchsuchungen
Am 18. August 1992 schlug das LKA schließlich mit einer großangelegten Aktion zu. Zeitgleich gab es zwei Hausdurchsuchungen in Göttingen, zwei im Landkreis Osterode und eine in Berlin.
Doch trotz umfangreicher Beschlagnahmungen entpuppte sich die Aktion bald als ein Schlag ins Wasser. Diese Tatsache gab das LKA unter anderem im Presseartikel am 29. August 1992 in der Hessisch/Niedersächsischen Allgemeine (HNA) sogar selbst zu.
Durch die Durchsuchungen wurde deutlich, daß die Ermittler völlig konzeptlos vorgingen. Es ging wohl darum, irgendwie an belastendes Material für die LKA-Konstruktionen zu kommen.

Streitereien
Ein weiterer entscheidender politischer Schritt gegen die Ermittlungen und um weitere politische Kontur zu gewinnen war die Demonstration am 2. Oktober 1992.
Das LKA wollte diese Demo zum Anlaß nehmen um mächtig auffahren zu lassen. Deshalb kam es zum Streit mit dem örtlichen Polizeiapparat, der auf Deeskalation setzt.
Ein Artikel am 8. Oktober in der HNA beschrieb die Situation so: *„Wie am Mittwoch bekannt wurde, war der polizeiinterne Streit vor allem daran entbrannt, daß die LKA-Fahnder den Demonstrationszug mit starken Kräften observieren, fotografieren und filmen wollten. Von den Einwänden der örtlichen Polizeiführung...wollten sich die Terrorfahnder nicht überzeugen lassen. Der Streit, so verlautete aus Polizeikreisen, habe erst auf Staatssekretärsebene in Hannover beigelegt werden können."*
Es wurde das Konzept der örtlichen Polizeiführung gefahren.
Auch die Demonstration am 2. Oktober verlief wie angekündigt. Damit waren die LKA-Fahnder zunächst politisch in die Defensive gedrängt. Doch das Ende der Ermittlungen heißt das noch lange nicht.

Das LKA macht weiter
Der § 129a ist ein reiner Ermittlungsparagraph, der dazu dient, viele Menschen legal zu durchleuchten. In der HNA vom 20. August 1992 hieß es, daß derzeit parallel mehrere Ermittlungen gegen Autonome in Südniedersachsen laufen. Eine der Gruppen, die kriminalisiert werden soll, ist die Autonome Antifa (M).
In diesem Zusammenhang ist die Durchsuchung in Uelzen zu sehen. Wiederum versucht das LKA, belastendes Material für seine Konstruktionen zu besorgen. Es ist in diesem Fall auch klar, worum es geht. Um die Autonome Antifa (M) und den bundesweiten Organisierungsprozeß.
Wir vermuten, daß es noch einige Hausdurchsuchungen geben wird. Wahrscheinlich sitzt nach wie vor ein SoKo des LKA in Göttingen und beobachtet sehr genau, was sich tut. Wenn dann die LKA-Fahnder eines Tages genug Material für ihre wilden Konstruktionen haben, werden sie wieder zuschlagen.

In einer Zeit, die geprägt ist von faschistischen und rassistischen Übergriffen hat das Landeskriminalamt Niedersachsen nichts besseres zu tun, als Zusammenhänge und Menschen zu kriminalisieren, die gegen den faschistischen Terror vorgehen.
Wir werden trotz des Staatsterrors gegen uns in unserem Kampf gegen den Faschismus nicht nachlassen!

Solidarität mit den Verfolgten!
Weg mit den §-129a-Ermittlungen gegen den autonomen Antifa-Widerstand!

ANTIFASCHISTISCHE AKTION

17. November 1992
Autonome Antifa (M)

Postanschrift: Autonome Antifa (M), c/o Buchladen Rote Straße, Rote Straße 10, 3400 Göttingen

Genfer Flüchtlingskonvention : Artikel 16 GG

Mehr Inhalt : Mehr Recht

aus dem ak

Im Zusammenhang mit der Forderung nach Aufhebung bzw. Änderung des Grundgesetzartikels 16 (Grundrecht auf Asyl) wird immer häufiger die Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) ins Spiel gebracht. Aus der CDU kommen sogar Vorschläge, diese Konvention zur Grundlage einer Gesetzesänderung zu machen. Da es bei der Debatte um die Asylrechtsänderung ausschließlich um ein Beschneiden bzw. die Aufhebung dieses Rechtsgeht, liegt die Auffassung nahe, die GFK sei weniger weitgehend als die Grundgesetzformulierung, gebe den Staaten das Recht, Flüchtlinge ab- oder auszuweisen und biete so den Flüchtlingen weniger Schutz als der Artikel 16. Dies widerspricht jedoch den Auffassungen der UN. So ist beispielsweise der Vertreter des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen in der BRD, Walter Koisser, der Ansicht, nach der GFK wäre die BRD ebenfalls verpflichtet, die ins Land kommenden Flüchtlinge aufzunehmen, und die Abschiebung sei verboten (siehe ND, 16.10.92). Bisher hat die Konvention in der BRD kaum eine Rolle gespielt, da die Aufnahme und rechtliche Behandlung von Flüchtlingen allein nach dem Asylrechtsartikel geregelt wurde. Sollte das darin garantierte Individualrecht auf Asyl eingeschränkt oder, was jetzt immer wahrscheinlicher wird, aufgehoben werden, dann bekäme die GFK eine große Bedeutung, da die BRD an diese in jedem Fall gebunden ist. Wo also liegt der Haken?

Vergleicht man den Personenkreis, der von der GFK einerseits und dem Artikel 16 GG andererseits beschrieben wird, so geht die GFK inhaltlich weiter. Heißt es im GG schlicht: *„Politisch Verfolgte genießen Asylrecht"*, definiert die GFK eine Person als Flüchtling, die *„aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt, und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Befürchtungen nicht in Anspruch nehmen will"*. Während also nach Artikel 16 ein (scheinbar) objektiver Tatbestand beschrieben wird („Politisch Verfolgte..."), geht die GFK von der Person aus und beschreibt einen subjektiven Faktor (die Furcht vor Verfolgung), fordert jedoch auch eine Objektivierung, indem sie von einer „begründeten Furcht" ausgeht. In der Praxis hat sich hieraus jedoch kein gravierender Unterschied ergeben. Die bis heute geltende bundesdeutsche Rechtsprechung legt den Begriff der politischen Verfolgung ähnlich wie in der GFK formuliert aus, die Einschränkungen erfolgen in der Regel dadurch, daß die persönliche Verfolgung bestritten wird, also damit auch die „begründete Furcht".

Nicht erfaßt werden durch die GFK die Kriegsflüchtlinge, Menschen, die nach Natur- oder aufgrund von Hungerkatastrophen fliehen. Es ginge also bei der Ersetzung des Artikel 16 letztlich um den gleichen Personenkreis und darum, wie weit der Begriff der politischen Verfolgung bzw. des politischen Flüchtlings gefaßt wird. Inwieweit also die sogenannten „Wirtschaftsflüchtlinge" in diesen Personenkreis hineingehören, wäre damit keineswegs beantwortet.

Die GFK schreibt in ihrem Artikel 33 vor, daß niemand in ein Land zurückgewiesen oder gebracht werden darf, in dem sein/ihr Leben oder seine/ihre Freiheit (nach den beschriebenen Kriterien) bedroht ist. Dieser Schutz wird jedoch im gleichen Maße vom Artikel 16 abgedeckt, auch wenn sich die Rechtsprechung nicht immer daran hält.

Der entscheidende Unterschied zwischen der GFK und dem Artikel 16 liegt in der rechtlichen Stellung der Flüchtlinge. Zunächst einmal gilt der Artikel 16 auch außerhalb der Grenzen der BRD. Ein Flüchtling muß sich nicht innerhalb der Grenzen der BRD befinden, um Asyl beantragen zu können. Dies spielt in praktischer Hinsicht keine große Rolle, da die große Mehrheit der politisch Verfolgten den Antrag auf Asyl unmittelbar mit der Flucht verbindet. Bedeutung bekommt dies jedoch dann, wenn Menschen, was die Regel ist, über ein anderes Land (sog. Drittland) in die BRD fliehen. Nach der jetzt geltenden Rechtslage könnten sie sowohl von diesem Land aus als auch an der Grenze der BRD einen Antrag auf Asyl stellen. Nach der GFK hätte die BRD ihnen gegenüber keinerlei Verpflichtung, da sie sich nicht in dem Land befinden, in dem sie sich verfolgt fühlen. Bei Aufhebung des Artikel 16 und einem Verfahren nach der GFK wäre ein Flüchtling, der/die in der BRD um Aufnahme bitten will, also gezwungen, sich auf irgendeinem Weg Zugang in die BRD zu verschaffen.

Noch gravierender ist der Unterschied in der rechtlichen Stellung des Flüchtlings. Zwar sieht auch die GFK vor, daß besondere staatliche Institutionen die Anträge prüfen müssen, aber es besteht letztlich keinerlei Rechtsanspruch der Einzelperson. Nach Artikel 16 in Verbindung mit dem Artikel 19 (Rechtsweggarantie) hat ein Flüchtling über das Recht der Prüfung seines/ihres Antrags durch einer Verwaltungsbehörde hinaus das Recht auf Überprüfung einer ablehnenden Entscheidung durch ein Gericht. In der Praxis hat dies zwei Auswirkungen. Erstens erkennen Gerichte nach wie vor eine größere Anzahl von Asylbewerbern an als die Verwaltungsbehörden. Dies spielt für die Gesamtzahl keine große Rolle, denn insgesamt werden nur 7% der Bewerbungen anerkannt, aber für die Einzelnen kann es entscheidend sein. Zweitens erlangen die Flüchtlinge hierdurch für eine gewisse Zeit ein De-facto-Aufenthaltsrecht, denn solange die Gerichtsverfahren laufen, dürfen sie nicht abgeschoben werden. Dieses Recht gilt nach dem Grundgesetz für alle, auch für diejenigen, die nachweislich illegal ins Land gekommen sind, sich nicht ausweisen können usw.

Deshalb nähert sich die Asylrechtsdebatte auch mehr und mehr dem Punkt, das Individualrecht auf Asyl abzuschaffen, womit gleichzeitig auch der Rechtsanspruch aufgehoben wäre. Nach der GFK verpflichten sich die Unterzeichnerstaaten zwar zu allem Möglichen, jedoch können sie jeweils auf dem Behördenweg, und damit in direkter Verantwortung der Exekutive, entscheiden, wer als Flüchtling anerkannt wird.

Die Betreiber der Aufhebung des Artikel 16 versprechen sich durch eine Neuregelung auf Grundlage der GFK vor allem zwei Dinge: erstens, daß Flüchtlinge schon an der Grenze abgewiesen werden können; zweitens, daß Menschen, die sich in der BRD befinden und deren Antrag nicht stattgegeben wird, abgeschoben werden können.

Was den ersten Teil anbelangt, Zurückweisung an der Grenze, wird er in der Praxis nur eine untergeordnete Rolle spielen, da lediglich 8% aller Asylanträge an den Grenzen gestellt werden. Der übrige Teil ist bei Antragstellung schon im Land. Dem Bundesinnenminister schweben sicherlich Bilder wie aus Italien vor, wo die geflüchteten Albanier im Hafen abgefangen, eingepfercht und mit brutaler Gewalt aus dem Land getrieben wurden. Mit einer solchen Aktion würden sicher die herrschenden Stimmungen befriedigt werden, die Probleme aber selbst aus der Sicht derjenigen, die „Flüchtlingsströme" aufhalten wollen, keineswegs bewältigt.

Der zweite Teil setzt voraus, daß Menschen in ihr Heimatland oder in ein Land, über das sie in die BRD gekommen sind, abgeschoben werden. An dieser Stelle kommen jetzt die sogenannten Länderlisten ins Spiel. In die Länder, in denen es angeblich keine politische Verfolgung gibt, sollen die Flüchtlinge gleich wieder zurückgewiesen werden. Aber selbst nach der GFK ist eine solche Liste nur zulässig, wenn sie nicht absolut gilt, sondern nur allgemein von einer Verfolgungsfreiheit ausgeht, der Einzelfall dennoch wieder geprüft werden muß. Womit wir wieder beim Individualrecht auf Asyl wären. Darüberhinaus wird diese Praxis selbstverständlich dazu führen, daß solche Listen nach Opportunitätsgründen zusammengestellt werden. Erstens müssen möglichst viele Staaten drauf, um aus möglichst wenig Ländern Menschen aufnehmen zu müssen. Zweitens spielt eine solche Liste eine nicht unwichtige Rolle in den zwischenstaatlichen Beziehungen. Kann man sich vorstellen, daß die BRD von Frankreich wegen der Berufsverbote oder des §129a auf eine solche Liste gesetzt würde? Drittens gibt es das Problem der geschönten Berichte real. Als 1980 das Militär in der Türkei putschte, kamen aus der deutschen Botschaft ausschließlich Berichte, daß das Militär aus rein demokratischer Gesinnung, zur Rettung der Demokratie vor den „Terroristen" eingegriffen habe. Wer soll dann als politisch Verfolgte/r anerkannt werden?

Bleibt als letztes das Problem der sogenannten Drittländer. Wie schon erwähnt, wäre es nach der GFK möglich, Flüchtlinge an der Grenze abzuweisen, wenn sie über ein Land kommen, in dem sie nicht verfolgt werden. Sind sie aber schon in der BRD und wollen sich hier als Flüchtling registrieren lassen, wird es nur

schwer oder gar nicht möglich sein, sie in die Durchgangsreiseländer zurückzuweisen. Rechtlich ist dies problematisch. Deshalb versucht die BRD mit besonderen Abkommen, bekannte Durchreiseländer zur Wiederaufnahme zu zwingen. Ähnlich wie im Fall Rumänien, das sich im Tausch für Wirtschaftshilfe verpflichtet hat, geflüchtete Roma aufzunehmen, selbst wenn diese nicht behaupten, aus Rumänien zu kommen, sollen Abkommen mit Polen und der CSFR eine Ausweisung im großen Stil ermöglichen.

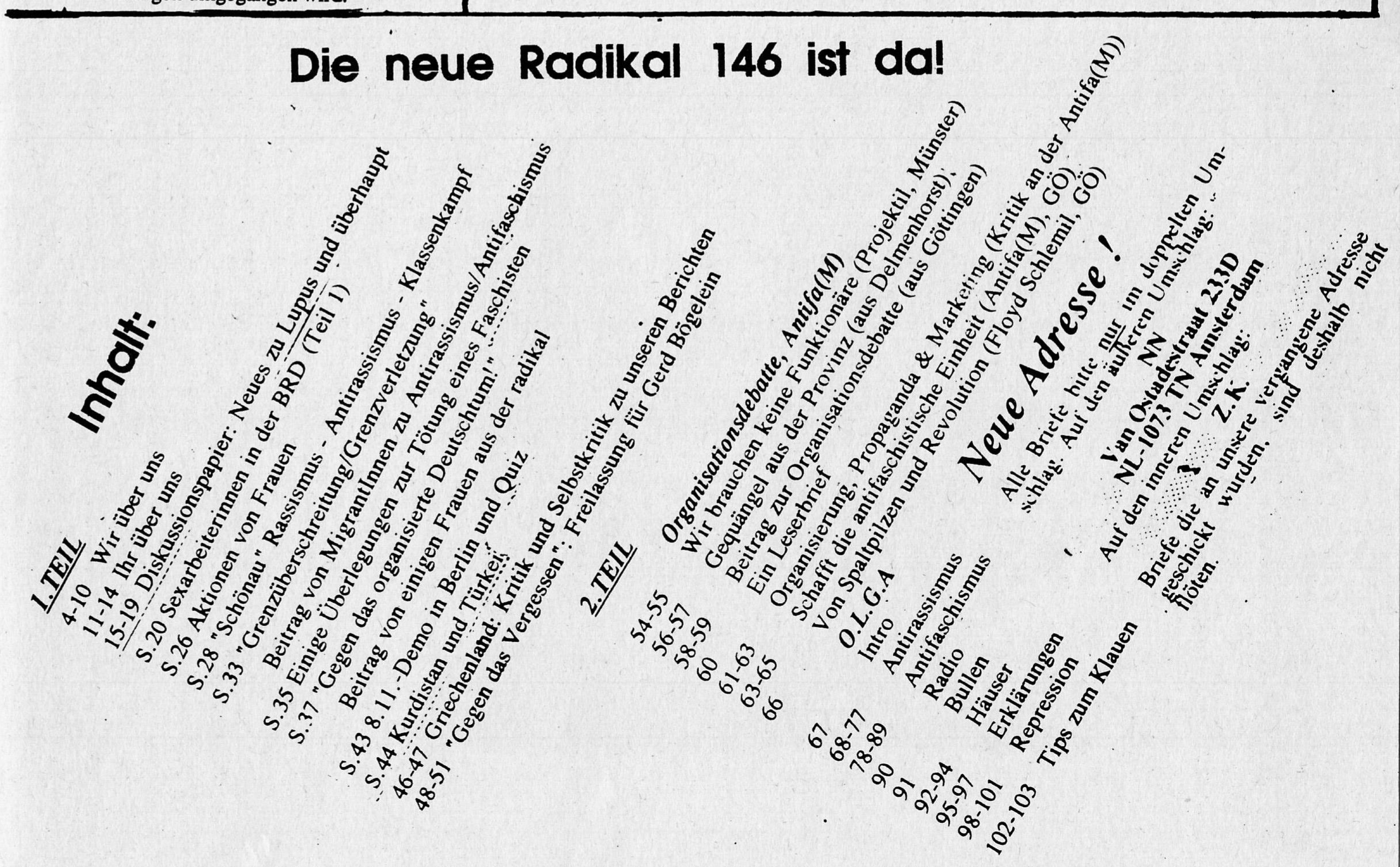
Selbst aus dem bürgerlichen Lager gibt es eine Reihe Stimmen, die behaupten, daß eine solche Änderung des Grundgesetzes in der Praxis kaum weniger Flüchtlinge nach Deutschland bringen werde, sondern daß dafür eine gesamteuropäische Regelung über die Verteilung der Flüchtlinge auf alle Länder notwendig sei. Wenn dennoch so hartnäckig an der Änderung festgehalten wird, und man nicht davon ausgehen will, daß ein solcher politischer Gewaltakt for nothing gemacht wird, kann eigentlich nur geschlossen werden, daß die BRD ihren durch die Unterschrift unter die GFK eingegangenen Verpflichtungen nicht nachkommen will. Es muß befürchtet werden, daß entgegen den Verpflichtungen ein großer Teil der ins Land gekommenen Flüchtlinge illegal abgeschoben werden soll. Nur dafür wäre es letztlich relevant, das Individualrecht aufzuheben, die Justiz auszuschalten und die Entscheidungsgewalt allein bei der Exekutive zu installieren. Dies deckt sich auch mit dem Versuch, das Recht auf Asyl nicht mehr als Grundgesetzartikel bestehen zu lassen, sondern es der Willkür eines normalen Gesetzes zu unterwerfen, d.h. mit einer einfachen Mehrheit kann die jeweilige Regierung entscheiden, wie mit Flüchtlingen umgegangen wird.

■ Zehn Jahre Haft für 22jährige aus Marzahn wegen Totschlags am eigenen Baby

Eine junge Frau unternimmt den verzweifelten Versuch, aus ihrer Lebenssituation auszubrechen. Einer Situation, die u. a. daraus besteht, daß ihr aufgrund ihrer Geschlechtszugehörigkeit mütterliches Verhalten als Selbstverständlichkeit abverlangt wird, daß von ihr erwartet wird, die Trostlosigkeit ihres Lebens in der Isolation eines anonymen Marzahner Neubauviertels und einer Ehe mit einem Typen zu ertragen, von dem sie benutzt wird. Ihre Rebellion gegen diese patriarchalen Verhältnisse, die sich darin ausdrückte, daß sie ihr Kind tötete, muß ein Schlag ins Gesicht der Vertreter der patriarchalen Mütterlichkeitsideologie gewesen sein, Der Richter stellt fest, daß die Belastungen, denen sie ausgesetzt war, im Vergleich zu alleinerziehenden Müttern zumutbar seien und verurteilt sie in seinen Augen sehr milde zu 10 Jahren Knast.

10 Jahre für Mutter

Berlin. Zehn Jahre Haft wegen Totschlags verhängte die 23. Große Strafkammer des Berliner Landgerichts am Montag im sogenannten Marzahner Babymord-Prozeß gegen die Mutter. Die 22jährige hatte nach Überzeugung der Richter ihren drei Monate alten Sohn im April „vorsätzlich getötet", indem sie ihn aus dem Kinderwagen in das Flüßchen Wuhle kippte.



Erklärung zum Anschlag auf die juristische Fakultät in Hamburg



in ashqelon ist hassan 'abeidat am 15.10.92 im alter von 22 jahren während des hungerstreiks der palästinensischen gefangenen in den israelischen besatzungsknästen gestorben.

"kleinbürgerlich ist die nationalstaatliche borniertheit der opportunistischen linken,die nicht erkennt und nicht anerkennt,daß die avantgarde der antiimperialistischen revolution die völker der dritten welt sind und daß der kampf in den metropolen der kampf der internationalen brigaden ist für den sieg im volkskrieg vor quang tri und hue,palästina,libanon,angola,mozambique,türkei oder überhaupt nicht stattfindet. kleinbürgerlich und unmarxistisch ist es,sich nicht vorstellen zu können,daß die massen auch hier langfristig auf der seite des befreiungskampfs ihre politische identität finden werden,langfristig sich aus dem griff des systems,seinen lügen,täuschungsmanövern,wahlgeschenken und lotteriespielen lösen können."

(aus: "die aktion des schwarzen september in münchen - zur strategie des antiimperialistischen kampfes",rote armee fraktion,1972)

am frühen morgen des 21.11. sind wir in das "rechtshaus" im zentrum hamburgs (rothenbaumchaussee 33) eingebrochen und haben dort 240 liter benzin ausgekippt. hoffentlich haben die zeitzünder funktioniert.

das "rechtshaus" ist eine der institutionen,in denen das juristische fachpersonal des unrechtsstaates brd ausgebildet wird: dort befindet sich die rechts-u. staatswissenschaftliche fakultät der universität hamburg.

vor genau einer woche,am 14.11.,demonstrierten anläßlich des spd-parteitages mehr als 200000 menschen in bonn. wir halten es für sehr wichtig,die rolle der deutschen sozialdemokratie in der brd-politik immer wieder anzugreifen. zum einen koppelt die spd die interessen der arbeiterinnen,die innerhalb der grenzen der brd leben,an die politik des nationalen kapitals (diese kopplung geschieht über soziale brüche hinweg und hat verschiedene namen:"konzertierte aktion","große koalition","solidarpakt"..), zum anderen hilft die spd bei der organisierung der wirtschafts-u. militärpolitischen aktivitäten des brd-imperialismus. es sind diese beiden politik-komponenten, die die deutsche sozialdemokratie in einer einzigen partei verbindet u. sie so unentbehrlich für den brd-unrechtsstaat macht. diejenigen,die diese politik durchschauen und militant angreifen,sind,sofern sozialdemokraten gerade die regierung stellen,besonders wütender repression ausgesetzt. wir nennen nur stammheim,das in der zeit der "sozialliberalen" koalition für genossinnen auf der ganzen welt zu einem begriff geworden ist.

den nun folgenden text haben wir in 3 abschnitte aufgeteilt: zunächst werden wir das verhalten der rechts-u. staatswissenschaftlichen fakultät der universität hamburg im dritten reich darstellen. im 2. abschnitt wird die justizielle verfolgung von kommunistinnen in der brd bis 1968 beschrieben. im letzten abschnitt untersuchen wir das "asylrecht" in der realität des brd-staates. alle 3 abschnitte haben eins gemeinsam: sie zeigen deutlich,wie unrechtsverhältnisse von der mitwirkung eines entsprechend geschulten juristischen fachpersonals abhängig sind.

die rechts-u. staatswissenschaftliche fakultät der universität hamburg im 3.reich:

hervorzuheben ist zunächst die geistige homogenität des lehrkörpers: er zeichnete sich durch eine preußisch-nationale bis liberal-konservative grundhaltung aus. als entlassungen/lehrverbote gegen 8 hochschullehrer erfolgten,leisteten die anderen professoren der fakultät dagegen keinen widerstand,was nur im scheinbaren widerspruch zum gepflegten "liberalen" ruf der rechtswissenschaftler steht. der strafrechtler schmidt wurde 1933 uni-rektor; er leitete die selbstgleichschaltung der universität ein. im ss 35 waren noch 4 "nichtarische" studentinnen immatrikuliert, im april 38 nur noch eine. grundlage für die oben genannten entlassungen war das "gesetz über die wiederherstellung des berufsbeamtentums",d.h. die 8 hochschullehrer wurden aus "rassischen" gründen entlassen,obwohl sie aufgrund ihrer einstellung durchaus bereit waren,sich mit den neuen verhältnissen zu arrangieren. die entlassenen wurden durch ns-kandidaten ersetzt,die nur auf ihren karrieresprung warteten; als namen seien hier genannt: prof.forsthoff,dr.ipsen,dr.berber u. dr.schack auf dem gebiet der öffentlich-rechtlichen lehrstühle sowie der schon erwähnte schmidt,prof. tesar u. prof sieverts auf dem gebiet der straf-u. strafprozeßrechts-lehrstühle. bei

den weniger brisanten lehrstühlen erfolgten berufungen, die nicht hauptsächlich po-

litisch motiviert waren. ein bezeichnendes licht auf das selbstverständnis der fakultät werfen die sog. juristischen arbeitsgemeinschaften im "hansischen hochschulring"; die elite der fakultät war dort unter sich; im juni 36(!) z.b. gab es dort ein referat über die "rolle der neutralen in einem zukünftigen kriege" mit "anschließendem geselligen beisammensein".

vor 1933 war kein einziges mitglied des juristischen lehrkörpers in der nsdap organisiert. auch danach wurde nachweislich kein druck auf die fakultät ausgeübt,was den eintritt von einzelnen in die partei betrifft. dennoch beantragten bis mai 1937 6 von 8 rechtsprofessoren die mitgliedschaft in der partei der nazis. in der sa organisiert waren die professoren ipsen,bötticher und sieverts. die affinität zum faschistischen gedankengut ergab sich für die professoren aus ihren nationalkonservativen,gewerkschaftsfeindlichen und imperialistischen überzeugungen. die traditionelle rechtssystematik durfte jedoch nicht angetastet werden,obwohl die regierung u.a. über neue studienpläne versuchte,eine neuorganisation durchzusetzen. wogegen die fakultät widerstand leistete,das waren die eingriffsversuche des staates in die professorale lehrautorität bzw. studiensystematik,nicht jedoch die faschistische umwertung der lehrinhalte bzw. die aufnahme rassistischer u. kolonialistischer studienziele.

zum abschluß dieses kapitels soll die hamburger karriere des prof. ipsen in ihren wesentlichen stationen nachgezeichnet werden: nach seiner promotion 1934 habilitierte er sich 1936 mit einer arbeit,die den titel "politik u. justiz. das problem der justizlosen hoheitsakte" trägt. hier geht es um nichts anderes als um die ausweitung der kompetenzen der exekutive,gegenüber der die justiz lediglich die verfahrensregeln liefert. auf diese schrift wurde hitlers stellvertreter,rudolf heß,aufmerksam. als es um die berufung ipsens auf einen lehrstuhl für öffentliches recht ging,wurde er von den machthabern bereits so beurteilt: "ipsen ist ein mensch,der in vorbildlicher weise seine wissenschaft in den dienst der nationalsozialistischen politik stellt". bis 1940 war ipsen so weit aufgestiegen,daß der gesamte schriftverkehr des uni-rektorats mit dem reichserziehungsministerium über seinen schreibtisch lief. die ungehemmte expansionspolitik des 3.reichs begleitete ipsen "wissenschaftlich" mit arbeiten wie "die kolonialen aufgaben der dt. rechtswissenschaft"(1939) oder "reichsaußenverwaltung"(1942). 1941 fand seine karriere ihren höhepunkt in der zerschlagung des widerstands der "freien universität brüssel". ipsens lehrtätigkeit an der universität hamburg endete 1973.

die justizielle verfolgung von kommunistinnen in der brd bis 1968:

die gesetzlichen grundlagen für die verfolgung von kommunistinnen in der brd bis 1968 wurden im sog. 1.strafrechtsänderungsgesetz 1951 gelegt. zunächst vertrat der bgh die ansicht des volksgerichtshofs des 3.reichs,nämlich daß kommunistinnen durch ihre gesamte politische betätigung permanent den hochverrat vorbereiten. 1951 wurde das politische strafrecht in der brd jedoch neu strukturiert: abgesehen von hochverrat (d.h. "gewaltsamer angriff auf den staat")und landesverrat(d.h. "ein das wohl des staates gefährdender geheimnisverrat";der text hierzu wurde 1951 weitgehend aus der novelle 1934(!) übernommen) enthielt das stgb von nun an zusätzlich den abschnitt "staatsgefährdung"(§§ 88-98). das vom bundestag mit den stimmen der spd-"opposition" parallel zum koreakrieg verabschiedete gesetz war nach den worten des cdu-abgeordneten haasler "eine waffe,die geschmiedet wurde,um im kalten krieg zu bestehen". mit dem abschnitt "staatsgefährdung" wurde der strafrechtliche staatsschutz in extremer weise vorverlegt; die subjektivierung des politischen strafrechts bestand darin,daß für die bestrafung die intention,eine "staatsgefährdung" herbeizuführen, genügte. die juristischen fachorgane (njw,jz,mdr) begrüßten das neue gesetzespaket. bei mitgliedern der kpd wurde die "absicht" im sinne der staatsgefährdungsdelikte grundsätzlich angenommen,d.h. sie konnten auch für politische handlungen bestraft werden,die verfassungskonform waren.selbst sympathisantinnen der kpd entgingen der bestrafung erst dann,wenn sie sich von der partei,die 1956 vom bundesverfassungsgericht verboten wurde,ausdrücklich distanzierten. wenngleich die partei im zentrum der verfolgung stand,konnten auch sonstige (kommunistische) vereinigungen und publikationen verboten werden,z.b. solche,die sich gegen die remilitarisierung der brd wandten. zu betonen ist,daß die institutionen der pol.justiz,insbesondere der für grundsatzurteile zuständige bgh,ihre entscheidungen den erwartungen der pol.instanzen,d.h. besonders denen der bundesregierung,anpaßten. die judikative machte sich zu einem instrument der exekutive.

abgesehen vom verfassungsschutz u. der pol. polizei im vorfeld der politischen prozesse sind als institutionen,die unmittelbar mit der justiziellen verfolgung von kommunistinnen beschäftigt waren,zu nennen der generalbundesanwalt bzw. die in jedem olg-bezirk zuständigen pol. staatsanwaltschaften,was die anklageerhebung betrifft,sowie als strafgerichte der in erster u. letzter instanz entscheidende 3. strafsenat des bgh bzw. die 17 landgerichtsstrafkammern,die ausschließlich mit pol. strafsachen beschäftigt waren. darüber hinaus zu beachten sind die in pol. fällen besonders rigorosen zivilsenate des bgh,die arbeitsgerichte (die z.b. entlassungen schon dann für gerechtfertigt erklärten,wenn nur der verdacht einer strafbaren pol. handlung bestand) und die verwaltungsgerichte,die den öffentlichen dienst von kommunistinnen "säuberten". 1951 ließ der bundesjustizminister im rechtsausschuß des bundestages erklären,daß es wichtig sei,"besonders hochwertige richter für diese aufgabe (gemeint ist die pol. justiz) zu finden,die nicht jedem liegt". welchen figuren im justizpersonal der brd "die aufgabe" besonders lag,ergibt sich z.b. daraus,daß der ankläger am sondergericht kattowitz im 3.reich,ottersbach,staatsanwalt beim landgericht lüneburg wurde,daß der bei der reichsanwaltschaft an der beantragung von ca. 50 todesurteilen gegen antifaschistinnen beteiligte fränkel generalbundesanwalt wurde usw. usw. .

die verfolgung der kommunistinnen quantitativ zu fassen,ist sehr schwierig,weil für die zeit der 50er jahre,als die kriminalisierung besonders ausgeprägt war,kaum veröffentlichte statistiken vorliegen. in der zeit 1960-66 gab es 57000 staatsanwaltschaftliche ermittlungsverfahren. vorsichtige schätzungen gehen davon aus,daß 1951 bis 68 mindestens gegen 125000 kommunistinnen staatsanwaltschaftliche ermittlungsverfahren anhängig waren (dies im vergleich zu den ca. 7000 kpd-mitgliedern in der zeit der illegalität nach 1956!). die ermittlungsverfahren sollten die betroffenen politisch einschüchtern u. psychisch zermürben. auch die u-haft wurde intensiv verhängt: 55% der verurteilten mußten in u-haft auf ihren prozeß warten,während bei

sonstigen "delikten" nur 8% üblich waren. auch nach entlassung aus der u-haft gab es unglaubliche repressionen;so mußte sich eine kommunistin z.b. 3 jahre lang täglich(! bei den bullen melden.
die prozesse waren gekennzeichnet durch a) die überragende stellung der "zeugen vom hörensagen" (d.h. politbullen präsentiertem dem gericht aussagen von spitzeln,deren identität nicht preisgegeben werden sollte),b) "sachverständige" (d.h.vs-beamte,die den gerichten nicht nachprüfbare sog. befundtatsachen mitteilten),c)ablehnung von entlastungszeugen,d)exzessive verwendung des strafprozessualen institutes der offenkundigkeit (sog. gerichtsbekannnte tatsachen) u. e) behinderung/einschüchterung der verteidiger. ferner ist zu bemerken,daß die kapazität der organe der pol. justiz gar nicht ausreichte,alle aufgrund des stgb anklagbaren handlungen von kommunistinnen justiziell zu verfolgen. das legalitätsprinzip galt also nur theoretisch. faktisch wurde von den gerichten das opportunitätsprinzip befolgt,d.h. die führung eines prozesses hing ab von allgemeinen erwägungen "pol. zweckmäßigkeit". allein dadurch wird die funktionalisierung der justiz im adenauer-unrechtsstaat schon klar.
um ein korrektes historisches bild zu erhalten,ist es notwendig,die politik der kpd kritisch zu betrachten. andreas,gudrun,jan u. ulrike haben dazu in stammheim folgendes gesagt: "nachdem schon hunderte aufgrung der gesetze von 1951 in die gefängnisse gesperrt worden waren,stellte das kpd-verbot 1956 im grunde nur noch de jure fest, was faktisch schon seit jahren realität war: die zerschlagung der im rahmen der kp organisierten linken - nicht weil sie revolutionäre politik machte,was sie nicht tat, sondern weil die vernichtung politischer opposition teil des selbstverständnisses, konstituierender teil dieses staates ist." der proletarische internationalismus,d.h. die politik zur befreiung des weltproletariats,wurde ersetzt durch den internationalismusbegriff stalins,u. das hieß nichts anderes als instrumentalisierung der kommunistischen partei durch die sowjetunion. "und wir stellen das nochmal klar: was die alte linke ausschaltete,ihre organisationen zur bedeutungslosigkeit verurteilte,sie erst zerstörbar machte,war nicht der antikommunistische terror des adenauerstaats. die bedingung,unter der dieser terror erst (und nur) so effektiv werden konnte,war die politik dieser linken selbst. es ist notwendig die politik der alten linken zu kritisieren,denn wie sie auf der einen seite exemplarisch zeigt,daß es in der epoche des imperialistischen weltsystems absolut unmöglich ist,proletarische poltik zu machen,ohne sich zu bewaffnen, führung des klassenkampfs zu sein,ohne offensivpositionen der klasse zu erobern,die subjektivität der klasse zu konstituieren,ohne die proletarische gegenmacht aufzubauen - daß es unmöglich ist,das kapital zu bekämpfen,ohne sein antagonismus zu sein. so ist die korrumpierung der alten linken auf der anderen seite exemplarisch dafür,wie taktische positionen verkommen und sich verselbständigen -"nicht kurs auf die soziale revolution nehmen",wie lenin sagt- wenn sie nicht bestimmt sind vom standpunkt und ziel des proletariats,sondern staatlicher außenpolitik,wenn internationalismus nicht begriffen wird als solidarisch praktischpolitische beziehung zu den revolutionären aller länder,sondern als diplomatische beziehung und vertretung zu einem staat,eben der sowjetunion."

wir machen jetzt einen sprung in die gegenwart.
bevor wir zum 3. abschnitt kommen,sollen 2 weitere facetten des brd-unrechtsstaates aus aktuellem anlaß nicht unerwähnt bleiben; der brd-staat verfolgt ausländische befreiungsbewegungen: am 26.10. wurde vor dem olg düsseldorf der prozeß gegen donna maguire,paul michael hughes u. john edward hick eröffnet. damit soll ein weiteres mal in der brd dem kampf der irish republican army der prozeß gemacht werden. der brdstaat verfolgt inländische militante: christian klar wurde am 3.11. vom 2.strafsenat des olg stuttgart unter vorsitz des richters schmid aufgrund von kronzeugenaussagen erneut zu "lebenslanger" haft verurteilt. diese jüngste stammheimer prozeßinszenierung reiht sich ein in die aus den 70er u. 80er jahren bekannten schauprozesse,in denen der brdstaat die genossinnen der guerillagruppe "rote armee fraktion" justiziell verfolgte. **christian,wir grüßen dich!**

das asyl-"recht" in der brd:

in den ersten 9 monaten des jahres 1992 haben sich 319674 menschen in der brd um asyl "beworben". diese zahl ist ausdruck des "normalzustandes" in der neuen weltordnung: sie ist ausdruck der verschärften auseinandersetzung weltproletariat-metropole und gleichzeitig ausdruck der perspektiv-u. hoffnungslosigkeit der mehrzahl der menschen,die in osteuropa u. im trikont leben.
"anerkannt" von den oben genannten flüchtlingen wurden bislang 7062. diese zahl ist teil der unrechtspraxis in der brd. in den letzten monaten findet in der brd eine von den herrschenden parteien initiierte/forcierte debatte über grundgesetz art.16, abs.2,satz 2/art.19,abs.4 statt. die vordergründig juristisch geführte diskussion ist nur mit ihrem wirtschaftlichen/politischen hintergrund zu verstehen: die zeichen wirtschaftlicher rezession sind unübersehbar; die herrschenden,die mit der massenhaften aufkündigung von loyalität rechnen müssen,nutzen/fördern die rassistische mobilisierung,mit der die staatstragende idee der brd,die ideologie des wohlstandschauvinismus,gerettet werden soll. dieser nationale konsens wird durch juristen,wie z.b. bei der weiterentwicklung des "asylrechts",ausformuliert. die rassistischen pogrome finden ihre zivile entsprechung in gesetzen und paragraphen.
wie sieht die derzeitige "rechts"-praxis aus,d.h. was bedeuten die schon genannten grundgesetzartikel in ihrer unrechtswirklichkeit?
das erste problem für die flüchtenden menschen ist es,die brd überhaupt zu erreichen. bgs-einheiten machen z.b. an der oder-neiße-grenze jagd auf diejenigen,die (schwimmend,in güterzügen usw.) illegal einreisen wollen. die flüchtlinge aus den meisten herkunftsländern benötigen für die einreise ein visum (eine visumsverweigerung durch die brd-auslandsvertretung muß nicht begründet werden). fluggesellschaften/reedereien,die im übrigen von der not der flüchtlinge profitieren,dürfen diese menschen seit 1987 ohne sichtvermerk nicht mehr transportieren.
der eigentliche ablauf der asylverfahren ist folgender: mit der antragstellung bei einer ausländerbehörde sind verbunden: registrierung,befragung u. ed-behandlung. dann erfolgt die einweisung in ein sammellager. ohne behördliche genehmigung ist weder verlassen des wohnortes noch medizinische versorgung möglich. eine arbeitserlaubnis gibt es nur für stellen,die kein "deutscher,aussiedler,eg-bürger (in dieser reihenfolge)" beansprucht. nach der anhörung durch das bundesamt kommt die entscheidung

über den antrag. 1984 urteilte das bundesverwaltungsgericht über die relevanz von art.16: "art.16,abs.2,satz 2 gg schützt nicht vor staatlichen exzessen jeder art u. auch nicht schlechthin vor jeder mißachtung der menschenwürde;es müssen vielmehr die pol. motive des seine macht mißbrauchenden staatsapparates hinzutreten." subjektive furcht ist asylrechtlich irrelevant. gegen die meist negativen entscheidungen kann der flüchtling vor dem verwaltungsgericht klagen. die richter treffen ihre entscheidung dann gemäß den berichten,die sie von der bundesweit einzigen dokumentationsstelle in wiesbaden erhalten,bzw. sie richten sich nach den berichten des brd-außenministeriums. bei den "offensichtlich unbegründeten" fällen(das sind nach dem asylverfahrensgesetz flüchtlinge,die "einer allgemeinen notsituation oder einer kriegerischen auseinandersetzung entgehen wollen") kann sofortige abschiebung erfolgen. diejenigen, die aufgrund der genfer flüchtlingskonvention (gfk) nicht abgeschoben werden dürfen, sind von der gnade der brd abhängig: sie können(!) eine aufenthalts"befugnis" für 2 jahre erhalten. ein noch schwächeres gnadenrecht ist die "duldung": sie ist auf ein jahr begrenzt. ein bezeichnendes licht auf den charakter der gerichtsverfahren wirft auch die bestätigung offizieller stellen ende oktober,daß "verwaltungsgerichte die zusammenarbeit von asylbewerbern mit dem bnd als asylrechtlich beachtlichen nachfolgegrund werten".

das ausländergesetz (neueste fassung seit jan.91) u. das asylverfahrensgesetz bilden die grundlage für die unrechtsbehandlung von flüchtlingen in der brd. "einzigartige abschreckungsmaßnahmen gegen asylbewerber" bescheinigte das un-flüchtlingskommissariat der brd schon 1983. seit dem 1.7.92 gilt ein noch drastischeres asylverfahrensgesetz; es wurde von einer cdu/csu/fdp/spd-sachkoalition verabschiedet u. soll ab 1.4.93 voll umgesetzt sein; angestrebt wird,daß in "offensichtlich unbegründeten" fällen die beiden anhörungen (zast u. bundesamtnebenstelle) kurzfristig aufeinanderfolgen u. das ganze verfahren in 6 wochen,kontrolle durch einzelrichter vor ort inklusive,abgeschlossen wird. ferner soll die sozialhilfe gekürzt u. in sachleistungen ausgezahlt werden. ministerin rönsch (cdu) denkt an monatlich 305 mark "u. ein taschengeld von 61 mark". befürwortet wird auch der ausbau von massenlagern. der prof. für staats-u. verwaltungsrecht an der universität hannover h.-p. schneider meint zu diesem punkt: "das erfordert freilich von den behörden,bestimmte größenordnungen nicht zu überschreiten,um nicht den eindruck von internierungslagern zu erwecken."..

mit 2 konkreten beispielen wollen wir die politik des brd-"rechts"-staates gegenüber flüchtlingen verdeutlichen:

die türkei hält den nordwesten kurdistans militärisch besetzt;was geschieht nun mit kurden,die in die brd flüchten? zunächst: folter in türkischen gefängnissen ist asylrechtlich irrelevant. das bundesverwaltungsgericht entschied 1983,daß,was z.b. die türkei betrifft,folter "eine wichtige funktion zur überführung des täters zukommt u. deshalb aus dem blickwinkel des asylrechts als nicht erheblich" betrachtet werden muß. die meisten asylanträge von kurden werden abgelehnt,u. der folgende vorgang zeigt,wie die kurden dann von der "gnade" des brd-staates abhängen: seit dem 27.9. ist der abschiebestopp für abgelehnte kurdische flüchtlinge in hessen ausgelaufen. brd-innenminister seiters (cdu) sagte im oktober,daß "nach den vorliegenden erkenntnissen nicht von einer erheblichen gefahr für leib,leben u.freiheit türkischer kurden nur wegen ihrer volkszugehörigkeit ausgegangen werden kann." dies zu einem zeitpunkt,als die bilder vom zerschossenen sirnak selbst in der brd-presse präsent waren. der hess. innenminister günther (spd) weigerte sich,einen neuen abschiebestopp zu erlassen. die hess. regierung (spd+grüne) entschied schließlich,daß vor jeder geplanten abschiebung eine "einzelfallprüfung" vorzunehmen sei. das schicksal von in der brd lebenden kurd. flüchtlingen ist permanent ungewiß. diese seite der brd-politik wird durch andere komponenten ergänzt: in den düsseldorfer schauprozessen werden seit jahren kurdische genossinnen justiziell verfolgt. die brd-regierung versorgt ferner das türk. militär immer wieder neu. konzentrierter ausdruck der "kurdenpolitik" der brd sind die bilder in der özgür gündem vom 17.10.: sie zeigen,wie am 6.9. ein kurd. guerillero von einem btr-60-panzer(ein geschenk der brd-regierung) zu tode geschleift wird.

die anerkennungsquote der roma,die in die brd flüchten,beträgt 0,2%. in rumänien,wo ein großteil der roma lebt,werden diese menschen in jeder hinsicht diskriminiert. immer wieder werden ihre siedlungen in staatlich geduldeten pogromen überfallen. die diskriminierung setzt sich in der brd fort. das,was in rostock-lichtenhagen passiert ist,wurde,so sagt es minister heinemann (spd), "eindeutig durch das fehlverhalten bestimmter einwanderungsgruppen verursacht,die das klima vergiftet haben. man kann nicht mehr länger darum herumreden,es handelt sich dabei um roma u. sinti aus rumänien u. jugoslawien." seit dem 1.11. ist nun das von der brd-regierung gegen eine zahlung von 30 mill.mark durchgesetzte "rückübernahmeabkommen" inkraftgetreten,in dem sich die rumänische regierung verpflichtet,abgelehnte flüchtlinge "zu übernehmen, sofern nachgewiesen oder glaubhaft gemacht wird,daß diese personen die rumänische staatsangehörigkeit besitzen." betroffen von dieser "bisher größten abschiebeaktion" (bild-zeitung) sind nach behördenschätzungen ca.50000 menschen,v.a. roma.

dies ist die "rechts"-wirklichkeit bei gültigkeit der bestehenden grundgesetzartikel. seit monaten versuchen nun die herrschenden figuren in der brd-politik auf eine noch weitere verschärfung dieser situation hinzuwirken. ihre juristischen experten leisten ihnen dabei ununterbrochene formulierungshilfe. am 30.4.92 brachte die cdu/csu-fraktion im bundestag folgenden textentwurf ein (sog. schäuble-plan): "politisch verfolgte genießen asylrecht. asylrecht genießt nicht,wer aus einem staat einreist,in dem er nicht der gefahr ausgesetzt ist,politisch verfolgt oder in einen staat abgeschoben zu werden,in dem ihm pol. verfolgung droht;das nähere regelt ein bundesgesetz. dieses gesetz kann bestimmen,daß asylbewerber aus staaten,auf die die voraussetzungen des satzes 2 zutreffen,an der grenze zurückgewiesen werden können oder ihr aufenthalt im geltungsbereich des grundgesetzes unverzüglich beendet werden kann." der textentwurf impliziert also länderlisten,d.h. flüchtlinge aus bestimmten ländern könnten sofort abgeschoben werden,ohne in das asylverfahren aufgenommen zu werden. für eine grundgesetzänderung ist im bundestag eine 2/3-mehrheit,d.h. auch die zustimmung der spd-abgeordneten erforderlich.

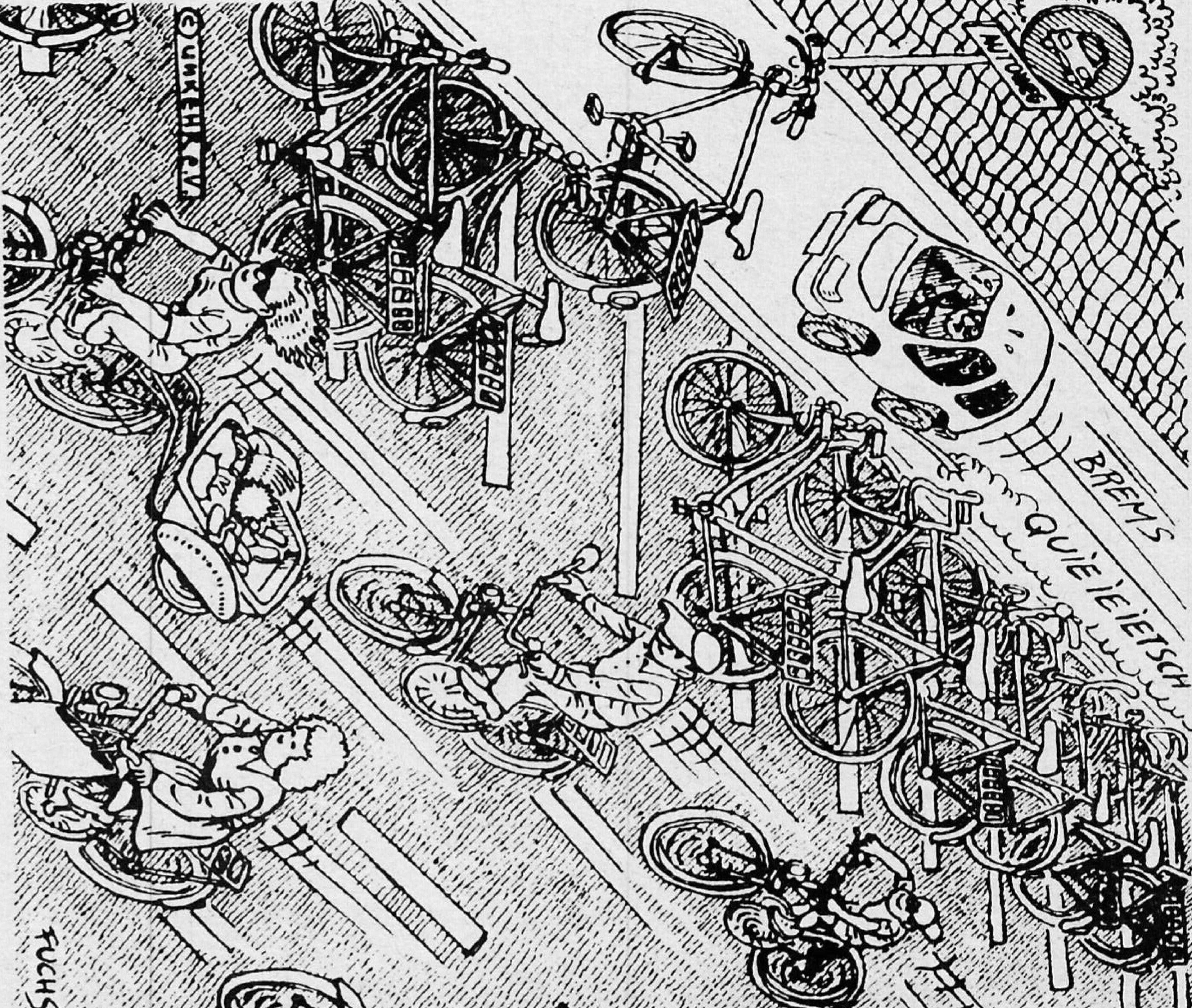
zeitlich parallel zum pogrom von rostock-lichtenhagen formulierten im august 15 führungsfiguren unter leitung von engholm,dem exponierten vertreter einer neuen zynischen machtpolitikergeneration,ein "sofortprogramm". im für flüchtlinge relevanten teil dieses petersberger papiers heißt es u.a. in punkt 37: "in das individuelle

ZAG

NOVEMBER 1992 - JANUAR 1993
2. Jahrgang Nr. 5
erscheint vierteljährlich

ZEITUNGSPROJEKT ANTIFASCHISTISCHER UND ANTIRASSISTISCHER GRUPPEN

inhalt



Wege für *mehr* Radfahrer

asylverfahren werden personen nicht aufgenommen,die aus staaten kommen,in denen allgemein politische verfolgung derzeit nicht stattfindet." seit diesem aufgreifen des cdu-vorschlags der länderlisten durch die spd hat sich die parteien-debatte immer weiter beschleunigt,weil verschärfte grundgesetzartikel jetzt parlamentarisch durchsetzbar geworden sind. seit august gibt es eine fülle von vorschlägen,wie die grundgesetzverschärfung formuliert werden könnte.

der csu-vorschlag ist ganz einfach:"asyl wird gewährleistet. voraussetzung,inhalt u. schranken werden durch gesetz geregelt.",d.h. die csu will ein staatliches gnadenrecht für flüchtlinge,wobei die gerichtliche überprüfung ersetzt werden soll durch "unabhängige beschwerdeausschüsse ohne zwang zu formalen prozessualen prozeduren".

innenminister seiters (cdu) hatte im september folgende idee: über asylanträge der flüchtlinge,die aus zur länderliste gehörenden staaten kommen,soll im l.schritt in einem verkürzten verfahren entschieden werden; in den "offensichtlich unbegründeten" fällen soll dann die abschiebung sofort vollzogen werden,d.h. die rechtsbeschwerde gegen die verwaltungsentscheidung kann nur noch vom ausland aus erfolgen. diesem seiters-plan stimmte die fdp zu,u. das ganze wurde dann von den regierungsparteien am 15.10. im bundestag als "entschließungsantrag zum asylrecht" verabschiedet. parallel ging die diskussion bei den"sozial"-"demokraten" weiter,v.a. was die sog. länderlisten betrifft: mp.schröder bemerkte zynisch,daß die "listen schon längst im kopf des entscheiders existieren". weil die spd-partei"basis" die petersberger formulierungen zum teil nicht mittragen wollte,wurde das eigentliche ziel,daß nämlich flüchtlinge, die in der brd für sich asyl beanspruchen,möglichst schnell abgeschoben werden sollen,nur komplizierter formuliert. im vom parteitag am 16.11. gebilligten antrag sagt die spd,daß "für jene asylbewerber,bei denen aufgrund ihres herkunftslandes eine individuell widerlegbare vermutung besteht,daß ihr antrag offensichtlich unbegründet ist,ein deutlich beschleunigtes u.vereinfachtes verfahren möglich sein muß."

auf welche formulierung sich cdu/csu/fdp/spd letztlich einigen,werden die verhandlungen zwischen den bundestagsfraktionen ergeben. unstrittig zu sein scheint auch,daß im rahmen der abschottungspolitik der wohlstandsfestung westeuropa die brd flüchtlinge,die in irgendeinem europäischen land (das die rechtlich unverbindliche gfk anerkennt)abgewiesen wurden,sofort abschieben wird.

für den fall,daß sich die regierung kohl mit der spd-"opposition" nicht auf eine grundgesetzänderung einigen kann,haben einige juristen dem kanzler folgenden tip gegeben:"für den fall,daß das asylwesen zum staatsnotstand führt,ist die einschränkung des wesensgehalts (der entsprechenden gg-passagen)möglich,und zwar in form eines einfachen gesetzes." dieses unter berufung auf den berliner staatsrechtsprof. randelzhofer entwickelte notstandsszenario kann nachgelesen werden in der ausarbeitung des fachbereichs 3 der wissenschaftlichen dienste des dt. bundestages,die ministerialrat hienstorfer am 20.10. zum thema "zum wesensgehalt des grundrechts auf asyl" vorgelegt hat.

den brd - "rechts" - staat angreifen !

zusammen kämpfen !

ANTI-f.e.l.S

Einige notwendige Anmerkungen, die Seminarankündigung der Gruppe f.e.l.S betreffend, erschienen in der Interim 214:

Vorrede: Obwohl ich als Mann durch diesen Text eigentlich nicht angegriffen bin, will ich trotzdem nicht mein Maul dazu halten. Erstens wird keine revolutionäre Initiative vom Fleck kommen, die nicht das Patriarchat angreift, und zweitens können durchaus auch Männer den Sexisten bei Gelegenheit mal in den Rücken fallen.
Um es kurz zu machen, ich bin der Meinung,daß es unmöglich ist auf der Grundlage Eures Textes über Patriachat und Sexismus zu diskutieren. Ihr schreibt:
" Ist der geschlechtliche Gebrauch der Frauen (...) wirklich darauf aus, Nachkommen zu schaffen ?"
Und ein Paar Zeilen später, damit auch ja keine Mißverständnisse entstehen, wieder :
"Die anthropologische Theorie, die die Menschwerdung mit dem Erzeugen von Werkzeugen "..." in eins fallen läßt enthielte demnach den Gebrauch der Frauen zur Erzeugung von Nachkommen als Werkzeuge. Das unmittelbare Verhältnis des Menschen wäre demnach das zur Frau als Werkzeug. " oder auch nicht.
1) Subjekt der ganzen Passage ist der MANN (manchmal auch "Mensch" genannt). Frauen sind für IHN Gebrauchsgegenstände wie andere auch. Das kann doch eigentlich nicht Euer Ernst sein. Der "Gebrauch der Frauen" beteutet doch nichts anderes als Vergewaltigung und alle anderen Formen patriarchaler Sexualität. Dennoch (oder gerade deshalb ?) scheint es Euer Anliegen zu sein, darüber wissenschaftlich-wertfrei zu diskutieren. Ich bin nicht bereit, wertfrei über Vergewaltigung zu diskutieren !
2) Unterscheidet Ihr nicht zwischen Angelesenem und Eurer eigenen Meinung. Ich muß also, davon ausgehen, daß die ganze Passage Eurer eigenen Meinung entspricht.
3) Ist die "Wissenschaftlichkeit" Eurer Darstellung selbst ein patriarchaler Mythos. Ihr versucht das wirkliche Verhältnis zwischen Männern und Frauen auf ein Modell zu reduzieren, daß nach streng logischen Vorgaben funktioniert, und meint auf diese Weise verstehen zu können, was Ihr im wirklichen Leben nicht versteht. Verstanden wird auf diese Weise nix, das Modell ist eine Rekuktion des Lebens von Männern und Frauen, es enthält nur, was Ihr darin sehen wollt. Selbstredend sind Frauen darin Objekte, fehlt die Gewalt, die nötig ist Frauen dazu zu machen. Aber so hat Marx die Sache ja auch geregelt.
4) Könnt Ihr Euch nicht damit herausreden, daß Ihr nur den wissen- schaftlichen Stand wiedergebt. Feministinnen haben sich die Finger wund geschrieben, um diesen Aberglauben zu widerlegen. Vergeblich! Ihr erwartet wahrscheinlich, daß Frauen, die nicht der Meinung sind, daß sie Gebrauchsgegenstände der Manner sind, zu Eurem Seminar kommen und darüber mit Euch wertfrei und sachlich diskutieren (und Männer Eure Thesen sowieso für normal halten)
Was den Rest des Textes angeht, so sehe ich darin den Versuch einer Gruppe den alten Hauptwiderspruch mit Spitzfindigkeiten zu verteidigen.(*"Die Tradition ist in jedem Moment der Kämpfe um Emanzipation bedroht"*). Nicht empörend, eher lächerlich, zumal in Verbindung mit dem transportierten Politikverständnis, das ein OSI-Politologieverständnis ist.
Aber die Sprache: Sie reicht für sich aus, das Teil für den Ordner zu qualifizieren. Ein völlich kruder, marxistischer Akademikerjargon, offensichtlich ein Versuch von FU-Intellektuellen, die theoretische Diskussion zu monopolisieren. Wäre ich nicht sowieso Feind dieser Gruppe, ich diesen Text nach 2 Absätzen wegen Unleserlichkeit zugeklappt.

PS: Eigentlich müßte das Seminar gesprengt werden.

K

Bernd Rössner kommt raus!

Freiheit für alle Gefangenen aus RAF und Widerstand?!

Am 17. 11. 92 hat Bernd Rössner, ein seit über 15 Jahren inhaftierter haftunfähiger Genosse, das Gefängnis verlassen und sich in eine offene anthroposophische Therapieeinrichtung begeben. Damit ist von den 4 hafzunfähigen politischen Gefangenen nur Günter Sonnenberg wirklich raus. Isabel Jacob und Ali Jansen sind weiterhin im Knast. Zugleich werden nun andere Gefangene aus RAF und Widerstand, bei denen die formalrechtlichen Bedingungen gegeben sind, Anträge auf Haftentlassung stellen.

Wir wollen in diesem Flugblatt über die genauen Umstände von Bernds – vorläufiger! – Freilassung informieren und ein paar Gedanken zur Einschätzung der sogenannten „Kinkelinitiative" sowie unserer Arbeit für die Freilassung der politischen Gefangenen formulieren.

Daß Bernd Rössner körperlich und seelisch schwer Krank und darum haftunfähig ist, wird seit Jahren immer wieder durch Aktionen, Erklärungen von AnwältInnen und hungerstreiks der Gefangenen in die Öffentlichkeit getragen, und es ist auch schon vor einiger Zeit durch die Anstaltsärztin des Knastes Straubing festgestellt worden. Als nun im Januar dieses Jahres der damalige Justizminister Kinkel den von der „Koordinierungsgruppe Terrorismus" erarbeiteten Vorschlag, bestimmte politische Gefangene unter Umständen „vorzeitig" freizulassen, öffentlich machte, war Bernd unter den 8 namentlich genannten. Speziell Bernds Freilassung schien nach Kinkels Ankündigung in relativ greifbarer Nähe zu sein. Die juristischen Voraussetzungen waren durch ein 1991 von der Mutter beim Bundespräsidenten eingereichtes Gnadengesuch vorhanden. Zusätzlich machten andere Gefangene aus der RAF im Mai deutlich, daß weitere Schritte in punkto Haftentlassung (Anträge etc.) von ihrer Seite erst erfolgen würden, wenn Bernd draußen ist. Parallel liefen draußen verschiedene Aktionen an, mit denen veresucht wurde, Bernds Freilassung zu beschleunigen.

Dies alles zeigte insofern Erfolg, als daß bei einem Gespräch der AnwältInnen am 6. 8. im Bundespräsidialamt die verbindliche politische Zusage gegeben wurde, daß Bernd Anfang Oktober offiziell begnadigt würde, wenn er darin einwilligt, von Mitte August bis zu seiner Freilassung Mitte November in den Knast Kassel II verlegt zu werden. Bernd stimmte diesem Vorgehen zu und draußen breitete sich die vorsichtige Hoffnung aus, daß das Bundespräsidialamt sich an seine Zusage halten halten würde. Dem war jedoch nicht so.

An Stelle des Bundespräsidenten trat Mitte Oktober das für Bernd, Lutz Taufer, Hanna Krabbe und K. H. Dellwo zuständige OLG Düsseldorf mit einer eigenen (?) Initiative auf den Plan. Das Gericht leitete von sich aus das Verfahren zur Strafaussetzung nach 15 Jahren ein, und setzte im Rahmen dieses Verfahrens eine Anhörung bei Bernd für den 27. 10. an. Dieses Vorgehen des OLG war äußerst suspekt, normalerweise gehen solche Verfahren immer auf Anträge von Gefangenen zurück. So war schnell klar, daß es bei der Anhörung nicht um Bernds Freilassung, sondern um die Feststellung der sogenannten „Schwere der Schuld" gehen würde. Je nachdem, für wie schwer ein Gericht die „Schuld" einer oder eines zu lebenslänglich Verurteilten befindet, haben Anträge auf Haftentlassung nach 15 Jahren Chancen oder nicht.

Die Festsetzung der Anhörung bei Bernd bei gleichzeitigem Ausbleiben der Begnadigung deutete darauf hin, daß sich die Lage bei Bernd wieder verschiebt und zugleich über die „Schwere der Schuld" eine Freilassung der anderen an der Stockholm-Aktion Beteiligten in weite Ferne gerückt werden sollte.

Ob es nun ein abgekartetes Spiel war, oder Ausdruck verschiedener taktischer Überlegungen im Apparat, ist letztlich egal: Das OLG hatte das Vakuum, welches durch die fehlende Entscheidung des Bundespräsidenten entstanden war, genutzt und eine Initiative lanciert, die alles wieder in Frage zu stellen schien. Auf unserer Seite löste dies hektische Aktivitäten aus, in verschiedenen Städten gab es kleine Kundgebeungen und für die Woche, in der die Anhörung stattfinden sollte, wurden Mahnwachen vor dem Kasseler Knast organisiert. Am 23. 10. erfolgte dann eine Entscheidung des Bundesjustizministeriums, wonach Bernd zum 17. 11. den Knast zum Zwecke der Therapie verlassen darf. Die Haft wird längstens für 18 Monate ausgesetzt, das bedeutet, daß Bernd danach wieder in den Knast muß, wenn keine andere Entscheidung ergeht. Eine ähnliche Entscheidung hatte es schon bei Angelika Goder gegeben, deren Haft 1990 ebenfalls begrenzt ausgesetzt wurde, die aber bis heute nicht wieder in den Knast mußte und seit Oktober auf „Bewährung" draußen ist. Die Entscheidung des Bundesjustizministeriums war vom Bundespräsidenten ausgelöst worden, dieser hatte Bernd offensichtlich nicht begnadigen wollen und darum über das „Bundespräsidentenentlassungsgesetz" das zuständige Ministerium zum Handeln aufgefordert. Der vom OLG Düsseldorf festgesetzte Anhörungstermin fand nicht statt, kann aber jederzeit nachgeholt werden! Die Haftaussetzung und der Aufenthalt in der Einrichtung sind für Bernd mit übelsten Auflagen verknüpft worden, die schon von der Konzeption der Einrichtung her nicht einhaltbar sind! So heißt es z. B., Bernd dürfe die „Klinik" nur mit Erlaubnis der „Klinikleitung" und in Begleitung eines „Bediensteten" verlassen. Bei der Einrichtung handelt es sich aber nicht um eine „Klinik", es gibt kein abgegrenztes Areal, die zugehörigen Gebäude leigen verstreut in einem Dorf. Außerdem widerspricht es dem offenen Therapiekonzept, daß sich die Verantwortlichen vor Ort mit der Bewachung von Bernd zum verlängerten Arm der Justiz machen lassen.

All dies weiß auch das Justizministerium. Warum es trotzdem diese Auflagen erlassen hat, kann mensch sich unschwer vorstellen: Schikane gegen Bernd, Disziplinierung der UnterstützerInnen draußen und ein deutliches Signal dahingehend, daß hier keine politischen Entscheidungen für die Freilassung aller Gefangenen produziert werden, sondern einfach eine vom Kampf gegen Links geprägte politische Justiz das durchzieht, was sie Recht nennt.
Die Auflagen müssen weg – Bernd braucht eine endgültige Freilassung!

Rückblick – Ausblick

Im Folgenden ein paar Gedanken von uns zur Entwicklung in den letzten Monaten und dem, was wir und andere dazu beigetragen haben. Diese Thesen sind vorläufiges Ergebnis einer Diskussion, die noch sehr am Anfang steht.

1. Der Staat benutzt die Bereitschaft der Gefangenen, sich auf bestimmte formale Prozeduren einzulassen, um ihnen immer mehr Zugeständnisse abzupressen. Damit will der Staat uns seine Macht und unsere Ohnmacht vorführen und nach außen zeigen: Es wird keine politischen Entscheidungen geben, die Gefangenen werden behandelt wie andere auch. Dieses staatliche Vorgehen, immer noch eins draufzusetzen, ergibt sich aus einer Situation, in der eine Kraft außerhalb der Knäste, die die Gefangenen schützt, wieder fast vollständig fehlt. Im Fall von Bernd haben wir dieses an sich schon ungünstige Kräfteverhältnis noch dadurch unterminiert, daß wir ab einem bestimmten Punkt davon ausgegangen sind, seine Freilassung würde schon laufen.. Bei den anstehenden Haftentlassungsverfahren von sieben Gefangenen aus der RAF und mehreren Gefangenen aus dem Widerstand sollten wir diesen Fehler nicht wiederholen. Die Anhörungen von Lutz Taufer und Karl-Heinz Dellwo finden am 7.12 in Celle statt.

2. Es ist höchste Zeit, eine Bilanz der sogenannten „Kinkelinitiative" zu ziehen. Die Antwort der Gefangenen und einiger UnterstützerInnen auf diese Initiative war die Forderung nach einer „politischen Lösung". Darunter wurde verstanden, daß der Staat eine politische Entscheidung für die Freilassung aller Gefangenen in einem überschaubaren Zeitraum fällt. Bei Manchen war das darüberhinaus mit der Vorstellung verbunden, daß der Staat von seiner repressiven Praxis gegenüber den Gefangenen grundsätzlich ablassen könnte, was dann auch auf andere gesellschaftliche Konflikte positive Auswirkungen haben würde.
Anfang Mai, nach der Erklärung der RAF und einer kontroversen Debatte im politischen Establishment, antwortete die Bundesregierung darauf mit einer klaren Absage. Es wurde die Formel verkündet, die politischen Gefangenen würden behandelt „wie gewöhnliche Kriminelle auch". Dieser Sprachregelung haben sich alle staatstragenden Parteien angeschlossen, und außer vielleicht den Grünen haben auch alle dasselbe darunter verstanden. Daß zeigt sich in dem, wie jetzt mit Bernd umgesprungen wird. Der Öffentlichkeit wird suggeriert, es habe eine Entspannung stattgefunden und gleichzeitig finden inquisitorische Anhörungen statt, wurden schikanöse Auflagen erlassen, Kronzeugenprozesse veranstaltet... Diese Mischung macht das Wesen der „Kinkelinitiative" aus und von daher ist sie auch nicht tot – sie hat bisher im Gegenteil gut im Sinne der Erfinder funktioniert: Spaltung und Desorientierung auf unserer Seite, während der Staat die Gefangenenfrage entpolitisiert, auf formaljuristische Abläufe reduziert und zugleich der Öffentlichkeit einen Kurswechsel suggeriert. Bezogen auf den Staat ist der Begriff „politische Lösung" spätestens nach den Erfahrungen mit dieser Initiative bar jeden Inhalts, ein eigenes Interesse an Lösungen in unserem Sinne gibt es dort nicht.

3. Unser Engagement für die Freilassung der Gefangenen basierte bisher auf keiner gemeinsamen Einschätzung der Situation und politischen Bestimmung. Stattdessen haben die meisten von uns aus einem moralischen Druck und aus der Nähe zu den Gefangenen heraus gehandelt. Ausgestattet waren wir nur mit der vagen Hoffnung darauf, daß hinter Kinkels Sirenengesängen ein tatsächliches staatliches Interesse steht, über die Freilassung von einzelnen oder mehreren Gefangenen Druck loszuwerden. Wie weit dieses Interesse geht, darüber bestand schon keine Einigkeit mehr. Sichtbar wurde dieses wackelige Fundament an der Reaktion vieler nach der Zusage Weiszäckers zu Bernds Begnadigung – Erleichterung, Hände in den Schoß – bis uns die Ereignisse wieder auf Trab brachten. Aufgrund der jahrelangen Arbeit zur Situation der politischen Gefangenen gibt es ein eigenes Interesse des Staates, diesen permanenten Konfliktherd zu befrieden. Daraus ergibt sich momentan die Möglichkeit, Freilassungen einzelner Gefangener und Verbesserungen der Knastsituation zu erreichen. Diese Möglichkeiten versuchen die Gefangenen zu nutzen, und wir unterstützen sie dabei. In diesem Zusammenhang wurden erhebliche Zugeständnisse an den Staat gemacht, von denen sicherlich die meisten aufgrund der Situation der Gefangenen und des ungünstigen Kräfteverhältnisses notwendig waren. Es ist eine ständige Gratwanderung und zugleich ein Ringen um Milimeter. Dieses von pragmatischen Überlegungen stark geprägte Rangehen kann allerdings nicht als richtungsweisende Orientierung auf andere politische Konflikte übertragen werden. Die vor sich hin dümpelnde Debatte um die Neubestimmung revolutionärer Politik und die Gefangenenfrage dürfen nicht in dieser Weise miteinander verknüpft werden. Wir können der staatlichen Entpolitisierung nicht entgegenwirken, indem wir pragmatische Rangehensweisen als Schlußfolgerungen aus einer Debatte präsentieren, die noch garnicht richtig stattgefunden hat. In dem Maße, wie wir in der politischen Diskussion und in Bezug auf die daraus zu ziehenden Konsequenzen voran kommen, werden wir auch in der Lage sein, die Gefangenen zu schützen und rauszuholen. Dabei wird es in nächster Zeit auch darum gehen müssen, die Zusammenlegung derjenigen Gefangenen durchzusetzen, deren Freilassung nicht absehbar ist.

Kreis für die politischen Gefangenen, Hamburg

BETR: JUNKDISKUSSION

Vorweg einige Sätze zum Anlaß und Zeitpunkt dieses Papiers, die sich vorrangig an die Aktionistinnen und Verfasserinnen des in der interim Nr. 215 veröffentlichten Papiers richten.
Eine Diskussion um Heroin, Drogen, Drogenmafia, ökonomische Bedeutung des Drogenmarktes, Abhängigkeiten und Umgehensweisen ist sinnvoll und notwendig. Das Thema ist vielschichtig und es sollte mit dem Ziel angegangen werden, praktische Handlungsmöglichkeiten zu entwickeln.
Die Diskussionen führten bei uns in der Kneipe zu den von euch kritisierten Maßnahmen (Schwarzlicht). Die Erklärung auf den Klos war undifferenziert und ist kritisierbar. Die Art der Vorgehensweise und Auseinandersetzungsform von eurer Seite lehnen wir ab. Wir sind einmal wöchentlich auf unserem Plenum erreichbar, es hätten andere Voraussetzungen für eine Auseinandersetzung geschaffen werden können. Da wurde der zweite Schritt vor dem ersten gemacht. Statt eine Auseinandersetzung im Umgang mit Junk in unseren Strukturen miteinander zu führen, läuft es so auf eine Papierschlacht (interim) hinaus. Es könnte anders sein.
Die weiteren Forderungen, die ihr an uns stellt, entbehren allerdings jeglicher realistischen Grundlage. Wo haben jemals Spritzenautomaten und Mülleimer eine Veränderung gebracht? Zumindest hättet ihr von uns als Kollektiv fordern müssen, daß wir gefälligst eine Ausbildung in 1. Hilfe und medizinischen Sofortmaßnahmen durchzuführen hätten.
Ebensowenig werden wir die Rolle der OrganisatorInnen einer öffentlichen Diskussion übernehmen. Mit dem Hintergrund, daß Diskussionen praktische Konsequenzen haben sollten, geben wir diese Forderung an die Verfasserinnen zurück. Uns scheint, daß diejenigen, die diesen provokanten Start der Auseinanderstzung geliefert haben, aus ehrlichem Interesse Möglichkeiten praktischer Umsetzung von Drogenarbeit sehen müßten.
Grundsätzlich ist es nicht unser Umgehen miteinander, ein Bedürfnis und politisches Interesse an einer Auseinandersetzung zu delegieren.

Das EX kann und wird kein Spritzenraum werden.

Es kann keine Vermischung von Junkräumen, Wärmestube und Kneipe als politisches Projekt geben, ein Projekt mit Junkies aufzubauen, heißt sich darauf ganz einzulassen und nicht lediglich Automaten aufzuhängen.

Unsere Entscheidung resultiert nicht etwa daher, daß wir die Augen vor einem offensichtlichen Problem verschließen wollen oder etwa eine uns unterstellte Diffamierungskampgne gegen Junks lostreten zu wollen.
Die Entscheidung entsteht aus einer Geschichte und einer realistischen Einschätzung, was in der Kneipe möglich ist und wie und wo wir Kraft und Energie einsetzen wollen und können.
Diskussionen um H und Drogen gab es in den 70er Jahren, zum Ende der Häuserbewegung wie auch nach dem Mai 87, wo vermehrt harte Drogen in unseren Strukuren und in den Kiezen auftauchten. Es gab verschiedene Ansätze von Widerstand und Versuche mit Drogen in der Szene umzugehen. Die Heroin-Dealer-raus-Kampagne gelangte mit ihrem Versuch Hintermänner aufzudecken schnell an Grenzen. In diese Zeit fiel es, daß im EX (und in einer anderen Kneipe in 61) eine Junkie-Frau tot aus den Toiletten gezogen wurde. Diese Erfahrungen waren bei einigen von uns sehr schnell präsent als wir im August/September dieses Jahres vermehrt Spritzen und Blutspritzer auf den Klos fanden.

Ganz andere Voraussetzungen und Bedingungen gab es z.B. in Zürich 80/81 im AJZ. Dort hatte sich ein Teil der linken Bewegung dem Problem gestellt, versucht es offensiv anzugehen und repressionsfreie Räume für FixerInnen eingerichtet. Die kleinen Erfolge und die großen Rückschläge sind bekannt. (Im EX liegt ein Reader zu dieser Thematik aus.)
Das AJZ gibt es in dieser Form nicht mehr, zur Zeit werden in der Schweiz andere Versuche und Erfahrungen in der Drogenarbeit gemacht, sleep-ins, Frauennotschlafstellen, u.ä..

In unserem Arbeitsbereich wollen wir einen klaren Trennungsstrich ziehen. Wir wollen H in der Kneipe, in unseren Strukturen nicht, aus politischen und sozialen Gründen. Und es ist erst einmal egal,wer es hereinbringt.
Wir bemühen uns sehr wohl zwischen Dealern und Junks zu unterscheiden, nur da gibt es einen sehr schwammigen Übergang. Es gibt genügend Junks, die dealen und auch andere anfixen, um ihren eigenen Schuß zu finanzieren.
Darüberhinaus ist es falsch, Junks und Kleindealer nur als arme Opfer zu sehen, sehr wohl kann eine/r sich dafür und dagegen entscheiden.

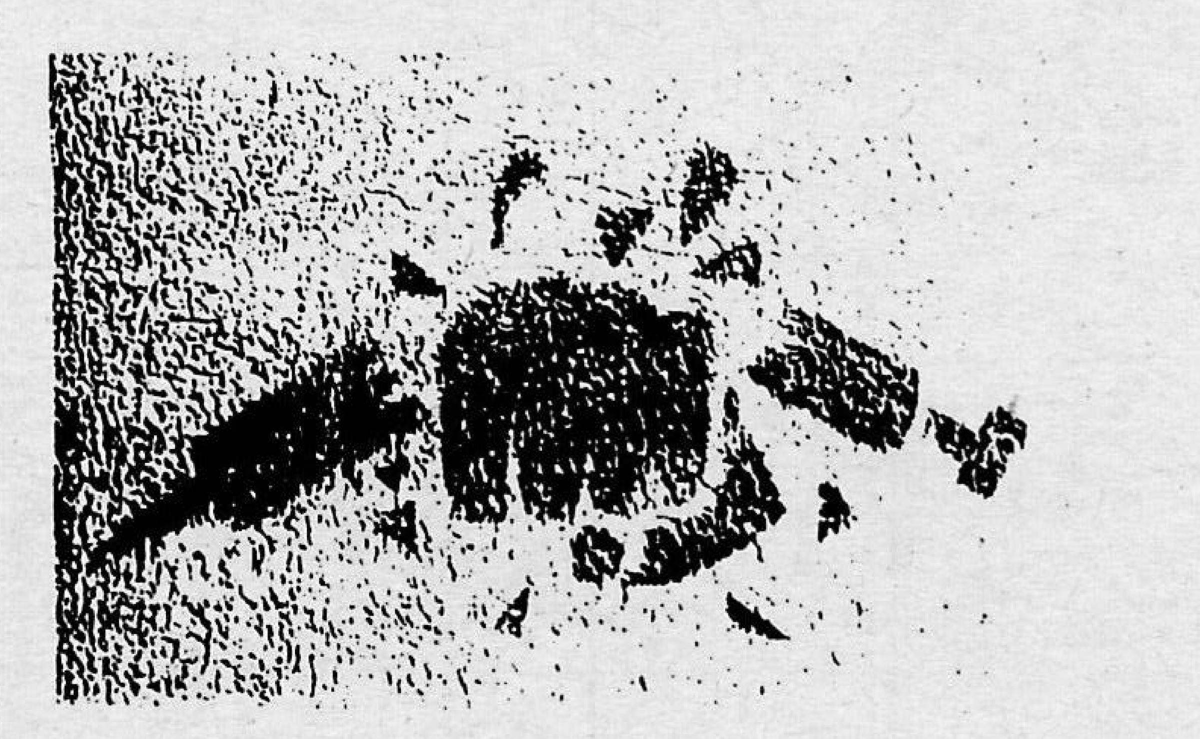
Die gemachten Erfahrungen haben mehr als genug gezeigt, wie Heroin, in die politischen Strukturen gepumpt, vorhandene Strukturen zerstört hat.

Damals waren wir den Auswirkungen der Droge nicht gewachsen und bezweifeln, das für die heutige Situation ebenso. (Was nicht heißen soll, daß das Thema nicht immer wieder praktisch angegangen werden muß. Nur sollten die gemachten Erfahrungen nicht unter den Tisch fallen und genau damit umgegangen werden).
Das hat nichts mit sozialer Ausgrenzung zu tun, sondern mit einer realistischen Einschätzung unserer Kräfte und Möglichkeiten.
Es heißt dann gegen zwei sich oft ergänzende Apparate ankämpfen zu müssen. H wird nicht nur kriminalisiert, der staatliche Repressionsapparat benutzt und arbeitet Hand in Hand mit Dealern und Droge um Unruheherde lahmzulegen, besonders dann, wenn die Gewaltmaschine des Staates nicht mehr greift.

Wir sind uns sehr wohl darüber bewußt, daß wir, indem wir eine Kneipe machen, auch eine Form von Droge verkaufen. Hartalk ist im EX mit einem Umsatzvolumen von unter einem % kein bestimmender Faktor. Natürlich spielen Diskussionen um Alk, auch, weil wir ständig damit konfrontiert sind, eine Rolle. An einigen Punkten haben wir Konsequenzen gezogen, daß es zu bestimmten Anlässen, wenn das EX Infostelle ist, gar keinen Alk gibt; Personen, die einen bestimmten Alkpegel mit in die Kneipe bringen oder ihn dort auffüllen, kriegen nichts mehr; andere, von denen wir wissen, daß sie massive Alkprobleme haben, bekommen nur Antialk. Eine Tatsache ist aber auch, daß das EX als Kneipe, manchmal politischer Treffpunkt und Veranstaltungsort ohne Alkverkauf nicht existieren konnte. Der Verkauf ist nicht unstrittig, aber eine andere Sache als Heroin.
Eine platte Gleichsetzung ist nicht richtig, eine Auseinandersetzung um Sucht, akzeptierte und geförderte Sucht in dieser verdammten Gesellschaft könnte da weiterführen. Es würde den Rahmen dieses Papiers sprengen, ebenso wie die Diskussion um Legalisierung von H.

So weit, ein Beitrag zur Diskussion, in der Hektik der letzten Wochen dazwischengeschoben, immer wieder und somit Unvollständigkeiten inbegriffen

das EX



zum Papier "Schluß mit der Hetze gegen Junks"
(Interim 215, S.25)

In diesem Papier werden Ausführungen zur "Hetze gegen Junkies" mit widerlichen frauenfeindlichen Sätzen garniert.

So heißt es im Bezug auf "junkfeindliche" alternative Kneipenleute, daß sie bürgerliche Vorurteile über FixerInnen übernommen und verinnerlicht hätten. Als ein Vorurteil wird folgendes genannt: "Junkfrauen ficken ohne Gummi und verderben die Preise auf den Strich ..."
Am Ende des Papiers wird eine Diskussion zu verschiedenen Punkten gefordert, u.a. zu folgendem:
"Wer profitiert eigentlich von den Drogenabhängigen ?
Stichwort Prostitution: Welcher 'linke' Freier versucht nicht mal ohne Gummi und ganz billig bei einer drogenabhängigen Frau zu ficken ?" ("linke" im Originalzitat ohne Anführungsstriche!!!)

Zuerst haben wir gedacht, daß die SchreibER (wir sind jetzt davon überzeugt, daß es sich um Männer handelt) mit diesen Ausführungen das Thema Prostitution verdeckt thematisieren wollten.
Die beiden Zitate sind aber doch eindeutig - eindeutig sexistisch.
Es gibt nach unserer Meinung keinen Zweifel an der Auffassung der SchreibER: Es gibt keinen Hinweis auf irgendeine Distanzierung von der Prostitution. Die Sprache drückt deutlich aus, was die SchreibER von drogenabhängigen Frauen denken ("Junkfrauen ... verderben die Preise auf dem Strich").
Auch wenn es sich um die "Wiedergabe" eines "bürgerlichen Vorurteils" handeln soll, wird deutlich, daß die SchreibER gegen das Ausbeutungsverhältnis Prostitution nichts haben.
Auch die Stellung der Frage nach den "linken" FreiERn thematisiert nicht Prostitution, sondern greift die "Heuchelei" der "linken" FreiER (ohne Anführungszeichen ist dieser Begriff für uns unerträglich, FreiER sind nicht links !!!) in Bezug auf die Drogensucht an.
Die Empfehlung der SchreibER an die "linken" FreiER ist offensichtlich, die Hetze gegen FixerInnen einzustellen, ansonsten aber nichts zu ändern. Die Tatsache, daß Frauen in der Prostitution zur Ware werden,*
Widerliche Sexisten und FrauenverachtER können solche Ansichten in einer "linken" Zeitung verbreiten. Das ist unglaublich !!!

Wir fordern die Leute von der Interim auf, Stellung zu nehmen ! Druckt keine sexistischen Texte ab, egal, zu welchem Thema sie sich äußern !

An die SchreibER: Paßt bloß auf, daß wir euch nicht erwischen !!

FreiER, zieht die Schwänze ein, sonst werdet Ihr bald ohne sein !!!

*** daß Prostitution in jeder Form Ausbeutung bedeutet, interessiert Sie nicht. Die "Linken" dürfen an dieser Ausbeutung ruhig teilnehmen.**

eine Männergruppe

P.S. Natürlich ist es möglich, daß wir einer Provokation auf den Leim gegangen sind oder nicht durchgeblickt haben. Unsere Interpretation sagt uns aber, daß es sich hier um übelsten Sexismus handelt.

Deshalb haben wir sofort reagiert.

ERKNER

Uferstraße: nach der Räumung offen-

Gemeinde will

wie es sich wohl in der Zwischenzeit herumgesprochen haben dürfte, wurden wir am Sonntag den 15.11.92 gegen 6 Uhr morgens geräumt, nachdem uns schon eine Woche vorher Wasser und Strom abgestellt worden war. Die Räumung wurde von einer Wachschutzfirma aus Köpenick und einem Rechtsanwalt der Treuhand durchgeführt. Dabei wurden die anwesenden Bewohner der ELFE massiv bedroht, einem mit einer Kette das Handgelenk zugeschnürt, daran herausgezogen und schließlich über den Zaun geworfen. überdies gab der Wachschutz sich als Polizei aus. Die später hinzugekommene Erkneraner Polizei billigte die Räumung und nahm die Personalien der Bewohner auf.

Gegen Abend haben wir dann unser persönliches Hab und gut abgeholt (übrigens am morgen mit der Polizei abgesprochen!!), woraufhin 8 Leute von uns von den Bullen kontroliert wurden, gegen die jetzt ein Ermittlungsverfahren wegen Land- und Hausfriedensbruch laufen soll. Dies halten wir für eine Unverschämtheit, da der Einsatz von Privatbullen ja doch noch verboten ist und jeden Demokratischen Regeln widerspricht. Damit stellte die Treuhand uns, Die Bullen und nicht zuletzt den Guten Herrn Schulze vor vollendete Tatsachen, worüber Schulze und die Bullen sich gefreut haben.

HAUSBESETZER- FERIEN- U. SCHULUNGSHEIM

ELFE GERÄUMT!

Besetzer mußten gehen

Erkner. Das von Linksautonomen besetzte Haus in Erkner, Uferstraße, wurde am Sonntag von ...

-2-

NAZIS AUFGEPASST: WIR KOMMEN WIEDER!!

BÜRGERMEISTER

Hausbesetzung nach vier Monaten beendet

Am Montag Abend fand dann eine Gesprächsrunde mit Schulze, Herr Dr. Schubert (Landrat), uns und einigen Leuten vom Club 1 statt, obwohl Schulze versuchte die Runde über Ausladen von Gesprächspartnern zu sprengen. Dort sicherte er uns ein Ersatzhaus zu, indem ca. 12 Menschen Platz zum Wohnen finden sollten und unser Kulturzentrum verwirklicht werden sollte.

Am Nächsten Tag war dann plötzlich nur noch von einer 2-Raumwohnung in baulich ~~XXXX~~ sehr schlechtem Zustand die Rede. Selbst dieses Angebot zog Schulze zurück, da "Brandflaschen" in der ELFE gefunden wurden.
Schulze lügt auf ganzer Linie !!!
Am Montag morgen äußerte er, froh zu sein über die Räumung und der Zerschlagung unserer Lebenskultur. im Club 1 wollte er Hausverbot über uns verhängen lassen.
Herr Schulz kann also froh sein, daß irgendwann einmal Molotowcoctails erfunden wurden, hinter welchen er sich nun zu verstecken versucht. Sein Konzept wird aber nicht aufgehen, da Erkner ein unabhängiges Kulturzentrum braucht, woran ein paar Molotowcoctails, nichts ändern werden.
Unsere Forderung nach einem sofortigen Ersatzhaus bleiben bestehen!
Daher:

ELFE LEBT! KOMMT WIEDER + BLEIBT!!

Termine

Datum	Zeit / Art	Ort / Thema
Do 26.11.	20.00 Mailboxen:	Galerie Olga Benario Mit dem Computer politisch arbeiten
Do 26.11.	20.00 Film:	Ökodorf Kurfürstenstr. 14 Maschienenträume
Do 26.11.	20.00 Vortrag/Diskussion	Kulturbüro KB Adalbertstr. 95 Diskriminierung von Lesben am Arbeitsplatz
Fr 27.11.	20.00 Party	El Locco Kreuzbergstr.43 Für Frauen und Lesben
Fr.27.11.	20.00 Film:	KGB Potsdamerstr.180 Wahrheit macht frei
Fr 27.11.	21.00 Film:	Anstoss Brunnenstr. 7 Helden für Deutschland
Fr 27.11.	21.00 Frauenfete	Ex Mehringhof Donna Veta wg. 25.11. Frauenwiderstandstag
Sa 28.11.	17.30 Theater	Kulturbüro; Szenen: Hab mich lieb im Rahmen v. 25.11. (nur Frauen)
Sa 28.11.	20.00 Film: nur Frauen	Kulturbüro; Wir möchten noch viel lauter sein
So 29.11.	20.00 Veranstaltung	Yorkstr. 59 HH Linke Opposition in Moskau mit Moskauer Anarchisten
So 29.11.	21.00 Kinoeröffnung	Fluchtweg, Videokino Tucholskystr. 30 mit Filmen von AK KRAAK
Di 1.12.	19.00 Veranstaltung	Haus der Demokratie Friedrichstr.165 Gewerkschaften undf Ausländerinnenfeindlichkeit
Di 1.12.	21.00/23.00 13 Filme	Clash Uferstr. über den spanischen Bürgerkrieg
Di 1.12.	20.00 Film:	Galerie Olga Benario Wahrheit macht frei (NSDAP-Neuaufbau)
Mi 2.12.	19.00	Frauenabend im EX u.a. Film Frauen aus El Salvador
Do 3.12.	19.00 Diskussionsveranstaltung für Frauen/Lesben	Schokofabrik: Flüchtlingspolitik made in Germany
Do 3.12.	20.00 Filme:	Ökodorf u.a. Weibliche Zone
Do 3.12.	20.00 Video:	A-Laden Rathenowerstr.22 Aufstand in Patagonien (1921)
Fr 4.12.	20.00 Film:	KGB Potsdamerstr. 180 Projekt Arthur
Fr 4.12.	21.00 Film:	Anstoss Brunnenstr. 7 Kuhle Wampe
Mi 9.12.	19.30 Fantifa-Frauentreffen	Blauer Salon Mehringhof
Do 10.12.	20.00 Film:	A-Laden Communidad el Sur (Uruguay-Tupas)
Do 10.12.	20.00 Film:	Ökodorf Que todos se levanten; Guatemala 91




Faschismus Tötet!
HIER WURDE
HEUTE NACHT
DER 27 JÄHRIGE
SILVIO VON
NAZIS ERMOR-
DET 21.NOV92
SILVIO